

A1 Antrag auf Änderung der Stimmberechtigten auf der JVV 2023

Gremium: Landesjugendleitung

Beschlussdatum: 02.09.2023

Antragstext

- 1 Die JVV 2023 möge beschließen, dass alle anwesenden NAJU Bayern-Mitglieder (auch
- 2 bei der NAJU Bayern Beschäftigte), sofern sich diese für die JVV 2023
- 3 fristgerecht angemeldet haben, an dieser Vollversammlung stimmberechtigt sind.

A2 Antrag Ernährungs- und Einkaufsrichtlinie

Gremium: Landesjugendleitung

Beschlussdatum: 31.08.2023

Antragstext

1 Verpflegungs- und Einkaufsrichtlinie

1. Richtlinien für die Verpflegung

1.1 Grundlegendes

Bei jeder Veranstaltung, bei der die NAJU Bayern Verpflegung stellt, besteht diese aus vegetarischem / veganem Essen und alkoholfreien Getränken.

Privat bezahlte oder mitgebrachte Lebensmittel sind nicht Gegenstand dieser Richtlinie.

1.2 Essgewohnheiten und Allergien / Unverträglichkeiten

Essgewohnheiten und Allergien / Unverträglichkeiten müssen bei der Anmeldung zu Veranstaltungen abgefragt werden, um diesen im Rahmen der Veranstaltung entsprechend Rechnung tragen zu können.

Sollte es in Ausnahmefällen am jeweiligen Veranstaltungsort zu Schwierigkeiten kommen, diesen gerecht zu werden, ist im Vorfeld mit der betroffenen Person Rücksprache zu halten, um eine den Umständen entsprechende Lösung zu finden.

1.3 Selbstversorgung

Falls wir selbst kochen oder einkaufen, wird ausschließlich vegetarische und vegane Ernährung angeboten. Werden tierische Produkte angeboten, sollten dazu auch vegane Alternativen bereitgestellt werden. Die Verpflegung sollte also so gestaltet sein, dass auch für Veganer*innen eine ausgewogene Ernährung gegeben ist.

Beispiel: Falls Kaffee und Kuchen angeboten werden, bietet es sich an, dabei auch vegane Milchalternativen und Kuchen bereitzustellen. Auch für diejenigen, die sich nicht vegan ernähren, bietet das eine gute Möglichkeit, Alternativen zu tierischen Produkten einmal zu probieren.

Die Bevorzugung von regionalen und saisonalen Bio- bzw. Fair-Trade-Produkten ist für uns ein Selbstverständnis. Damit wollen wir regionale und nachhaltige Anbieter*innen und nachhaltige Landwirtschaftsformen unterstützen.

29 **1.4 Gebuchte Verpflegung (im Rahmen von** 30 **Unterbringung, Catering, Bewirtung etc.)**

31 Die Verfügbarkeit von vegetarischer und veganer Verpflegung ist ein notwendiges
32 Kriterium für die Auswahl der Unterkunft / des Caterings / des
33 Gastronomiebetriebs. Entsprechend ist bereits bei der Wahl des
34 Veranstaltungsorts (Unterkunft, Gastronomiebetrieb etc.) frühzeitig abzuklären,
35 dass eine ausgewogene vegane und vegetarische Ernährung möglich ist.

36 Falls die Verpflegung in einer Unterkunft zu einem Pauschalpreis ohne
37 Unterscheidung zwischen vegetarischer und fleischhaltiger Kost angeboten wird,
38 ist dies kein Ausschlusskriterium.
39 Beispiel: Frühstücksbuffet, auf dem neben dem vegetarischen Angebot auch Fleisch
40 verfügbar ist.

41 **1.5 Bewirtungsbeleg**

42 Bei Bewirtung in einem Gastronomiebetrieb ist von der bewirtenden Person stets
43 ein Bewirtungsbeleg anzufordern, in dem folgende Angaben enthalten sind: Tag und
44 Ort der Bewirtung, die bewirtende Person, alle bewirteten Personen mit Namen,
45 der genaue Anlass der Bewirtung, die Kosten der Bewirtung, das Trinkgeld sowie
46 die Summe dieser beiden Posten. Nicht fehlen darf die Unterschrift der
47 bewirtenden Person.

48 **2. Richtlinien für den Lebensmitteleinkauf**

49 **2.1 Einkauf in Bioqualität**

50 Lebensmittel müssen in Bioqualität gekauft werden, da Bio die nachhaltigste
51 Erzeugungsform darstellt. Die dadurch entstehenden Mehrkosten nimmt die NAJU
52 gerne in Kauf.
53 Falls ein Produkt nicht in Bio verfügbar ist, soll die nachhaltigste Alternative
54 gewählt werden (z. B. regional, saisonal, Fairtrade, etc.).

55 Bei Uneindeutigkeit von diesem Punkt der Richtlinie in der praktischen Umsetzung
56 muss persönlich abgewogen werden, welche Entscheidung im Sinne der
57 Nachhaltigkeit vorzuziehen ist.

58 **2.2 Vermeidung von Plastikabfällen**

59 Dabei sind unverpackte Produkte zu bevorzugen, um Plastik- und Verpackungsmüll
60 so gut es geht zu vermeiden.

61 **2.3 Vermeidung von Lebensmittelverschwendung**

62 Unser Ziel ist es Lebensmittelabfälle zu vermeiden.

63 2.4 Getränke

64 Alkoholische Getränke müssen privat bezahlt werden und dürfen nur mit
65 Einverständnis der Veranstaltungsleitung in verantwortungsvollem Maße konsumiert
66 werden. Unbedingt müssen dabei die Jugendschutzgesetze beachtet werden.

67 3. Richtlinien für die Beschaffung von Non-Food- 68 Artikeln

69 3.1 Vermeidung von Verpackungsmüll

70 Auch beim Kauf von Non-Food-Artikeln ist Plastik und Verpackungsmüll möglichst
71 zu vermeiden.

72 3.2 Onlineshopping

73 Die NAJU Bayern ist sich neben ihrer ökologischen auch der sozialen und
74 ethischen Verantwortung bei Einkäufen bewusst. Gewisse Onlineshops fallen durch
75 besonders unethische Geschäftspraktiken auf. Bei diesen darf für die NAJU Bayern
76 nicht bestellt werden, und es können keine über diese Shops erworbene Artikel
77 abgerechnet werden. Hierzu zählen beispielsweise: Amazon, Wish, Alibaba, Shein
78 und Temu.

79 Bei Unklarheiten zu alternativen Onlineshops sind Beispiele im NAJU-Wiki
80 (<https://wiki.naju-bayern.de/pages/viewpage.action?pagelId=107347969>) zu finden.
81 Gerne hilft auch das Jugendbüro weiter.

82 3.3 Gebrauchte Artikel

83 Die Anschaffung von Gebrauchtwaren wird bevorzugt. Insbesondere bei
84 elektronischen Geräten, die in der Herstellung stets viele Ressourcen
85 verbrauchen, lässt sich durch den Kauf gebrauchter Elektronik der NAJU-
86 Fußabdruck erheblich reduzieren.

87 Werden gebrauchte Artikel von Privatpersonen abgekauft (bspw. über
88 Kleinanzeigenportale wie [kleinanzeigen.de](https://www.kleinanzeigen.de) oder [willhaben.at](https://www.willhaben.at)), können diese gegen
89 Vorlage einer vom Verkäufer unterschriebenen Quittung für Privatverkauf
90 abgerechnet werden (siehe Anhang).

91 4. Ausnahmen

92 Ausnahmen von dieser Richtlinie sind vorab mit dem Jugendbüro oder mit der
93 Landesjugendleitung abzustimmen.

94 6. Anhang: Vorlage für eine Quittung für einen 95 Kauf aus privater Hand

96 Datum:

97 Käufer (Name und Adresse):

98 Verkäufer (Name und Adresse):

99 Kaufgegenstand:

100 Betrag:

101 Betrag dankend erhalten am:

102 _____

103 Unterschrift des Verkäufers

Begründung

Besonders wir, die jungen Menschen, die wir selbst sind und die wir hier vertreten, sind von den jetzigen und kommenden Folgen des Klimawandels betroffen. Wir merken selbst, dass die Sommer immer heißer werden, die Winter wärmer und das Wetter extremer. Darunter leiden neben den Menschen auch Natur und Tiere. Wir sind überzeugt, dass sich die Herausforderungen des Klimawandels nur gemeinsam lösen lassen, wir aber mit jeder einzelnen Maßnahme einen entscheidenden Anteil dazu beitragen können.

Das Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) geht davon aus, dass zwischen 21 % bis 37 % der gesamten globalen Treibhausgasemissionen auf unsere Ernährung zurückgehen. Eine Studie des World Wide Fund for Nature zeigt, dass 69 % der ernährungsbedingten Treibhausgasemissionen in Deutschland auf den Verzehr von tierischen Lebensmitteln zurückzuführen ist, wovon wiederum 44% auf Fleisch und 25 % auf Lebensmittel wie Butter, Milch, Eier und Käse entfallen. Pflanzliche Lebensmittel sind demzufolge für lediglich 1/3 der Treibhausgasemissionen zu verantworten. Für ein Kilogramm Rindfleisch werden in etwa 14,3 Kilogramm CO₂ freigesetzt (genau genommen CO₂ Äquivalente), für ein Kilogramm Schweinefleisch 3,2 kg CO₂ (Bundesumweltministerium). Ein Kilogramm Mischbrot benötigt 0,75 kg CO₂ und ein Kilogramm Tomaten 0,2 kg CO₂. Neben CO₂ entstehen in der tierischen Landwirtschaft auch die treibhauswirksamen Gase Methan und Lachgas. Diese Zahlen zeigen, dass unsere Entscheidung wie wir uns ernähren einen großen Einfluss auf die globale Erwärmung hat.

Neben den Treibhausgasen ist zudem festzustellen, dass durch die Haltung von Tieren für die Produktion von tierischen Lebensmitteln erhebliche Ressourcen an Wasser und Futteranbaufläche benötigt werden. Beispielsweise braucht es zur Gewinnung von einem Kilogramm Rindfleisch ca. 15.000 Liter Wasser, 4 bis 9 Kilogramm Getreide und somit eine Nutzfläche von 30 bis 50 m², welche teilweise durch das Abholzen von Regenwäldern generiert wird. Die Flächen, welche derzeit für den Tierfutteranbau benutzt werden, könnten größtenteils für den Anbau menschlicher Ernährung verwendet werden und dadurch deren Effizienz vervielfacht werden. Derzeit hungern schätzungsweise 800 Millionen Menschen weltweit. Dieser Beschluss trägt einen kleinen Teil zur gerechten Ernährungsverteilung der Weltbevölkerung bei.

Wir sehen in der Veränderung der Ernährungsweise auf den NAJU-Veranstaltungen einen simplen Weg, um effektiv klimafreundlicher zu werden. Da es bereits viele Menschen gibt, welche sich vegetarisch

oder vegan ernähren, bieten alle Gastronomien bereits jetzt fleischlose Alternativen an, auf die zurückgegriffen werden kann.

Durch den Verzehr von saisonalen und regionalen Lebensmitteln stärken wir die lokalen Wertschöpfungsketten und verhindern lange Transportwege, so wie ganzjährlich beheizte und bewässerte Gewächshäuser.

In Deutschland werden rund 761 Millionen Tiere jährlich geschlachtet. Dies sind 2 Millionen getötete Lebewesen täglich. Diese Zahl vermindern wir durch unsere Reduktion des Konsums von tierischen Lebensmitteln.

Wir als NAJU Bayern sehen unser Handeln nicht nur nach innen, sondern auch nach außen gerichtet. Daher nehmen wir die Idee der verantwortungsbewussten Ernährung ernst. Wir freuen uns, durch unser eigens verantwortetes Handeln einen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten.

Beschluss Antrag Ernährungs- und Einkaufsrichtlinie

Gremium: JVV 2023

Beschlussdatum: 19.11.2023

Antragstext

1 Verpflegungs- und Einkaufsrichtlinie

1. Richtlinien für die Verpflegung

1.1 Grundlegendes

Bei jeder Veranstaltung, bei der die NAJU Bayern Verpflegung stellt, besteht diese aus vegetarischem / veganem Essen und alkoholfreien Getränken.

Privat bezahlte oder mitgebrachte Lebensmittel sind nicht Gegenstand dieser Richtlinie.

1.2 Essgewohnheiten und Allergien / Unverträglichkeiten

Essgewohnheiten und Allergien / Unverträglichkeiten müssen bei der Anmeldung zu Veranstaltungen abgefragt werden, um diesen im Rahmen der Veranstaltung entsprechend Rechnung tragen zu können.

Sollte es in Ausnahmefällen am jeweiligen Veranstaltungsort zu Schwierigkeiten kommen, diesen gerecht zu werden, ist im Vorfeld mit der betroffenen Person Rücksprache zu halten, um eine den Umständen entsprechende Lösung zu finden.

1.3 Selbstversorgung

Falls wir selbst kochen oder einkaufen, wird ausschließlich vegetarische und vegane Ernährung angeboten. Werden tierische Produkte angeboten, sollten dazu auch vegane Alternativen bereitgestellt werden. Die Verpflegung sollte also so gestaltet sein, dass auch für Veganer*innen eine ausgewogene Ernährung gegeben ist.

Beispiel: Falls Kaffee und Kuchen angeboten werden, bietet es sich an, dabei auch vegane Milchalternativen und Kuchen bereitzustellen. Auch für diejenigen, die sich nicht vegan ernähren, bietet das eine gute Möglichkeit, Alternativen zu tierischen Produkten einmal zu probieren.

Die Bevorzugung von regionalen und saisonalen Bio- bzw. Fairtrade-Produkten ist für uns ein Selbstverständnis. Damit wollen wir regionale und nachhaltige Anbieter*innen und nachhaltige Landwirtschaftsformen unterstützen.

29 **1.4 Gebuchte Verpflegung (im Rahmen von** 30 **Unterbringung, Catering, Bewirtung etc.)**

31 Die Verfügbarkeit von vegetarischer und veganer Verpflegung ist ein notwendiges
32 Kriterium für die Auswahl der Unterkunft / des Caterings / des
33 Gastronomiebetriebs. Entsprechend ist bereits bei der Wahl des
34 Veranstaltungsorts (Unterkunft, Gastronomiebetrieb etc.) frühzeitig abzuklären,
35 dass eine ausgewogene vegane und vegetarische Ernährung möglich ist.

36 Falls die Verpflegung in einer Unterkunft zu einem Pauschalpreis ohne
37 Unterscheidung zwischen vegetarischer und fleischhaltiger Kost angeboten wird,
38 ist dies kein Ausschlusskriterium.
39 Beispiel: Frühstücksbuffet, auf dem neben dem vegetarischen Angebot auch Fleisch
40 verfügbar ist.

41 **1.5 Bewirtungsbeleg**

42 Bei Bewirtung in einem Gastronomiebetrieb ist von der bewirtenden Person stets
43 ein Bewirtungsbeleg anzufordern, in dem folgende Angaben enthalten sind: Tag und
44 Ort der Bewirtung, die bewirtende Person, alle bewirteten Personen mit Namen,
45 der genaue Anlass der Bewirtung, die Kosten der Bewirtung, das Trinkgeld sowie
46 die Summe dieser beiden Posten. Nicht fehlen darf die Unterschrift der
47 bewirtenden Person.

48 **2. Richtlinien für den Lebensmitteleinkauf**

49 **2.1 Einkauf in Bioqualität**

50 Lebensmittel müssen in Bioqualität gekauft werden, da Bio die nachhaltigste
51 Erzeugungsform darstellt. Zudem sollte darauf geachtet werden, dass die
52 Lebensmittel in regionaler und saisonaler Form gekauft werden um kurze
53 Transportwege der Lebensmittel sicherzustellen. Die dadurch entstehenden
54 Mehrkosten nimmt die NAJU gerne in Kauf.
55 Falls ein Produkt nicht in Bio verfügbar ist, soll die nachhaltigste Alternative
56 gewählt werden (z. B. regional, saisonal, Fairtrade, etc.).

57 Bei Uneindeutigkeit von diesem Punkt der Richtlinie in der praktischen Umsetzung
58 muss persönlich abgewogen werden, welche Entscheidung im Sinne der
59 Nachhaltigkeit vorzuziehen ist.

60 **2.2 Vermeidung von Plastikabfällen**

61 Dabei sind unverpackte Produkte oder Großgebilde zu bevorzugen, um Plastik- und
62 Verpackungsmüll so gut es geht zu vermeiden.

63 **2.3 Vermeidung von Lebensmittelverschwendung**

64 Unser Ziel ist es Lebensmittelabfälle zu vermeiden.

65 2.4 Getränke

66 Alkoholische Getränke müssen privat bezahlt werden und dürfen nur mit
67 Einverständnis der Veranstaltungsleitung in verantwortungsvollem Maße konsumiert
68 werden. Unbedingt müssen dabei die Jugendschutzgesetze beachtet werden.

69 3. Richtlinien für die Beschaffung von Non-Food- 70 Artikeln

71 3.1 Vermeidung von Verpackungsmüll

72 Auch beim Kauf von Non-Food-Artikeln ist Plastik und Verpackungsmüll möglichst
73 zu vermeiden.

74 3.2 Onlineshopping

75 Die NAJU Bayern ist sich neben ihrer ökologischen auch der sozialen und
76 ethischen Verantwortung bei Einkäufen bewusst. Gewisse Onlineshops fallen durch
77 besonders unethische Geschäftspraktiken auf. Bei diesen darf für die NAJU Bayern
78 nicht bestellt werden, und es können keine über diese Shops erworbene Artikel
79 abgerechnet werden. Hierzu zählen beispielsweise: Amazon, Wish, Alibaba, Shein
80 und Temu.

81 Bei Unklarheiten zu alternativen Onlineshops sind Beispiele im NAJU-Wiki
82 (<https://wiki.naju-bayern.de/pages/viewpage.action?pagelid=107347969>) zu finden.
83 Gerne hilft auch das Jugendbüro weiter.

84 3.3 Gebrauchte Artikel

85 Die Anschaffung von Gebrauchsgütern wird bevorzugt. Insbesondere bei
86 elektronischen Geräten, die in der Herstellung stets viele Ressourcen
87 verbrauchen, lässt sich durch den Kauf gebrauchter Elektronik der NAJU-
88 Fußabdruck erheblich reduzieren.

89 Werden gebrauchte Artikel von Privatpersonen abgekauft (bspw. über
90 Kleinanzeigenportale wie kleinanzeigen.de oder willhaben.at), können diese gegen
91 Vorlage einer vom Verkäufer unterschriebenen Quittung für Privatverkauf
92 abgerechnet werden (siehe Anhang).

93 4. Ausnahmen

94 Ausnahmen von dieser Richtlinie sind vorab mit dem Jugendbüro oder mit der
95 Landesjugendleitung abzustimmen.

96 **6. Anhang: Vorlage für eine Quittung für einen**
97 **Kauf aus privater Hand**

98 Datum:

99 Käufer (Name und Adresse):

100 Verkäufer (Name und Adresse):

101 Kaufgegenstand:

102 Betrag:

103 Betrag dankend erhalten am:

104 _____

105 Unterschrift des Verkäufers

Begründung

Besonders wir, die jungen Menschen, die wir selbst sind und die wir hier vertreten, sind von den jetzigen und kommenden Folgen des Klimawandels betroffen. Wir merken selbst, dass die Sommer immer heißer werden, die Winter wärmer und das Wetter extremer. Darunter leiden neben den Menschen auch Natur und Tiere. Wir sind überzeugt, dass sich die Herausforderungen des Klimawandels nur gemeinsam lösen lassen, wir aber mit jeder einzelnen Maßnahme einen entscheidenden Anteil dazu beitragen können.

Das Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) geht davon aus, dass zwischen 21 % bis 37 % der gesamten globalen Treibhausgasemissionen auf unsere Ernährung zurückgehen. Eine Studie des World Wide Fund for Nature zeigt, dass 69 % der ernährungsbedingten Treibhausgasemissionen in Deutschland auf den Verzehr von tierischen Lebensmitteln zurückzuführen ist, wovon wiederum 44% auf Fleisch und 25 % auf Lebensmittel wie Butter, Milch, Eier und Käse entfallen. Pflanzliche Lebensmittel sind demzufolge für lediglich 1/3 der Treibhausgasemissionen zu verantworten. Für ein Kilogramm Rindfleisch werden in etwa 14,3 Kilogramm CO₂ freigesetzt (genau genommen CO₂ Äquivalente), für ein Kilogramm Schweinefleisch 3,2 kg CO₂ (Bundesumweltministerium). Ein Kilogramm Mischbrot benötigt 0,75 kg CO₂ und ein Kilogramm Tomaten 0,2 kg CO₂. Neben CO₂ entstehen in der tierischen Landwirtschaft auch die treibhauswirksamen Gase Methan und Lachgas. Diese Zahlen zeigen, dass unsere Entscheidung wie wir uns ernähren einen großen Einfluss auf die globale Erwärmung hat.

Neben den Treibhausgasen ist zudem festzustellen, dass durch die Haltung von Tieren für die Produktion von tierischen Lebensmitteln erhebliche Ressourcen an Wasser und Futteranbaufläche benötigt werden. Beispielsweise braucht es zur Gewinnung von einem Kilogramm Rindfleisch ca. 15.000 Liter Wasser, 4 bis 9 Kilogramm Getreide und somit eine Nutzfläche von 30 bis 50 m², welche teilweise durch das Abholzen von Regenwäldern generiert wird. Die Flächen, welche derzeit für den Tierfutteranbau benutzt werden, könnten größtenteils für den Anbau menschlicher Ernährung verwendet werden und dadurch deren Effizienz vervielfacht werden. Derzeit hungern schätzungsweise 800 Millionen Menschen weltweit. Dieser Beschluss trägt einen kleinen Teil zur gerechten Ernährungsverteilung der Weltbevölkerung bei.

Wir sehen in der Veränderung der Ernährungsweise auf den NAJU-Veranstaltungen einen simplen Weg, um effektiv klimafreundlicher zu werden. Da es bereits viele Menschen gibt, welche sich vegetarisch

oder vegan ernähren, bieten alle Gastronomien bereits jetzt fleischlose Alternativen an, auf die zurückgegriffen werden kann.

Durch den Verzehr von saisonalen und regionalen Lebensmitteln stärken wir die lokalen Wertschöpfungsketten und verhindern lange Transportwege, so wie ganzjährlich beheizte und bewässerte Gewächshäuser.

In Deutschland werden rund 761 Millionen Tiere jährlich geschlachtet. Dies sind 2 Millionen getötete Lebewesen täglich. Diese Zahl vermindern wir durch unsere Reduktion des Konsums von tierischen Lebensmitteln.

Wir als NAJU Bayern sehen unser Handeln nicht nur nach innen, sondern auch nach außen gerichtet. Daher nehmen wir die Idee der verantwortungsbewussten Ernährung ernst. Wir freuen uns, durch unser eigens verantwortetes Handeln einen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten.

A3 Antrag auf Frist zur Vorlage des JVV Protokolls

Gremium: Landesjugendleitung

Beschlussdatum: 02.09.2023

Antragstext

- 1 Das Protokoll der JVV muss spätestens 3 Monate nach der JVV den Teilnehmenden
- 2 der JVV, der LaJuLei, dem JuBü, der Bundesnaju und dem LBV vorliegen.

Beschluss Antrag auf Frist zur Vorlage des JVV Protokolls

Gremium: JVV 2023
Beschlussdatum: 17.11.2023

Antragstext

- 1 Das Protokoll der JVV muss spätestens 3 Monate nach der JVV den Teilnehmenden
- 2 der JVV, der LaJuLei, dem JuBü, der Bundesnaju und dem LBV vorliegen.

A4 Antrag auf Frist zur Vorlage des Kassenprüfberichts

Gremium: Landesjugendleitung

Beschlussdatum: 02.09.2023

Antragstext

- 1 Der Kassenprüfbericht über das vorausgegangene Haushaltsjahr muss bis zum 01.07
- 2 eines Jahres der LaJuLei vorliegen.

Beschluss Antrag auf Frist zur Vorlage des Kassenprüfberichts

Gremium: JVV 2023
Beschlussdatum: 17.11.2023

Antragstext

- 1 Der Kassenprüfbericht über das vorausgegangene Haushaltsjahr muss bis zum 01.07
- 2 eines Jahres der LaJuLei vorliegen.

A5 Antrag auf Satzungsänderung - Namensänderung LBV (1)

Gremium: Landesjugendleitung

Beschlussdatum: 31.08.2023

Antragstext

- 1 Die Satzung soll im
- 2
- 3 Titel: Jugendordnung der Naturschutzjugend im Landesbund für Vogelschutz e.V.
- 4
- 5 geändert werden zu:
- 6 Titel: Jugendordnung der Naturschutzjugend im Landesbund für Vogel- und
- 7 Naturschutz in Bayern e. V.

Beschluss Antrag auf Satzungsänderung - Namensänderung LBV (1)

Gremium: JVV 2023
Beschlussdatum: 18.11.2023

Antragstext

- 1 Die Satzung soll im
- 2
- 3 Titel: Jugendordnung der Naturschutzjugend im Landesbund für Vogelschutz e.V.
- 4
- 5 geändert werden zu:
- 6 Titel: Jugendordnung der Naturschutzjugend im Landesbund für Vogel- und
- 7 Naturschutz in Bayern e. V.

A6 Antrag auf Satzungsänderung - Namensänderung LBV (2)

Antragsteller*innen:

Antragstext

- 1 Die Satzung soll im
- 2
- 3 §1 Die Jugendorganisation des Landesbund für Vogelschutz in Bayern e. V.,
- 4 Verband für Arten- und Biotopschutz, (LBV), trägt den Namen Naturschutzjugend im
- 5 LBV (NAJU).
- 6
- 7 geändert werden zu:
- 8 §1 Die Jugendorganisation des LBV - Landesbund für Vogel- und Naturschutz in
- 9 Bayern e.V., Verband für Arten- und Biotopschutz, (LBV), trägt den Namen
- 10 Naturschutzjugend im LBV (NAJU).

Beschluss Antrag auf Satzungsänderung - Namensänderung LBV (2)

Gremium: JVV 2023
Beschlussdatum: 17.11.2023

Antragstext

- 1 Die Satzung soll im
- 2
- 3 §1 Die Jugendorganisation des Landesbund für Vogelschutz in Bayern e. V.,
- 4 Verband für Arten- und Biotopschutz, (LBV), trägt den Namen Naturschutzjugend im
- 5 LBV (NAJU).
- 6
- 7 geändert werden zu:
- 8 §1 Die Jugendorganisation des LBV - Landesbund für Vogel- und Naturschutz in
- 9 Bayern e.V., Verband für Arten- und Biotopschutz, (LBV), trägt den Namen
- 10 Naturschutzjugend im LBV (NAJU).

A7 Antrag auf Satzungsänderung - Namensänderung LBV (3)

Gremium: Landesjugendleitung

Beschlussdatum: 31.08.2023

Antragstext

1 Die Satzung soll im

2

3 § 16 Auflösung

4

5 Die Naturschutzjugend im LBV kann mit Zweidrittelmehrheit der stimmberechtigten
6 Vertreter*innen der Jugendvertreter*innenversammlung aufgelöst werden. Im Falle
7 der Auflösung fällt das Vermögen dem Landesbund für Vogelschutz in Bayern e. V.,
8 Verband für Arten- und Biotopschutz (LBV), zu.

9

10 geändert werden zu:

11

12 § 16 Auflösung

13

14 Die Naturschutzjugend im LBV kann mit Zweidrittelmehrheit der stimmberechtigten
15 Vertreter*innen der Jugendvertreter*innenversammlung aufgelöst werden. Im Falle
16 der Auflösung fällt das Vermögen dem LBV - Landesbund für Vogel- und Naturschutz
17 in Bayern e.V., Verband für Arten- und Biotopschutz, (LBV), zu.

Beschluss Antrag auf Satzungsänderung - Namensänderung LBV (3)

Gremium: JVV 2023
Beschlussdatum: 17.11.2023

Antragstext

1 Die Satzung soll im

2

3 § 16 Auflösung

4

5 Die Naturschutzjugend im LBV kann mit Zweidrittelmehrheit der stimmberechtigten
6 Vertreter*innen der Jugendvertreter*innenversammlung aufgelöst werden. Im Falle
7 der Auflösung fällt das Vermögen dem Landesbund für Vogelschutz in Bayern e. V.,
8 Verband für Arten- und Biotopschutz (LBV), zu.

9

10 geändert werden zu:

11

12 § 16 Auflösung

13

14 Die Naturschutzjugend im LBV kann mit Zweidrittelmehrheit der stimmberechtigten
15 Vertreter*innen der Jugendvertreter*innenversammlung aufgelöst werden. Im Falle
16 der Auflösung fällt das Vermögen dem LBV - Landesbund für Vogel- und Naturschutz
17 in Bayern e.V., Verband für Arten- und Biotopschutz, (LBV), zu.

A8 INVESTITIONEN STATT KÜRZUNGEN: FÜR DIE ZUKUNFT JUNGER MENSCHEN

Gremium: Bundesdelegiertenversammlung

Beschlussdatum: 24.09.2023

Antragstext

1 Als Jugendverband setzt sich die NAJU (Naturschutzjugend im NABU) nicht nur für
2 den Natur- und Umweltschutz in Deutschland ein. Sie leistet mit ihren
3 demokratischen Strukturen sowie mit ihren vielfältigen Aktivitäten und Angeboten
4 einen wichtigen Beitrag zur Förderung des Demokratieverständnisses und des
5 gesellschaftlichen Engagements junger Menschen.

6 Als NAJU wollen wir – wie alle anderen demokratischen Jugendverbände – gerade in
7 belastenden Zeiten jungen Menschen eine positive Orientierung geben. Wir wollen
8 zeigen, dass mit Herausforderungen auch Chancen einhergehen. Durch die
9 Transformation entstehen neue Möglichkeiten, sich selbst zu verwirklichen, die
10 (eigene) Zukunft mitzugestalten und für die persönlichen Werte einzustehen.
11 Diese wollen wir jungen Menschen aufzeigen. So fördern wir die Demokratie und
12 den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

13 Mit dem vorgelegten Bundeshaushaltsentwurf für das Haushaltsjahr 2024 und den
14 damit einhergehenden Kürzungen sehen wir diese Arbeit und die Zukunftsaussichten
15 von jungen Menschen in Deutschland jedoch massiv bedroht.

16 Besonders gravierend sind die geplanten Kürzungen des Kinder- und Jugendplans,
17 aus dem auch die Jugendverbände in Deutschland gefördert werden. Statt die
18 zwischen den Koalitionspartnern vereinbarte, bedarfsgerechte Ausstattung des
19 Kinder- und Jugendplans endlich umzusetzen, sieht der Regierungsentwurf nun vor,
20 die Finanzierung auf ein Niveau von vor 2019 zurückzufahren. Im Vergleich zu den
21 Mitteln, die im vergangenen Jahr hierfür zur Verfügung standen, entspricht dies
22 einer Kürzung um 18,6 Prozent (44,6 Mio. Euro)[\[1\]](#). Das bedeutet eine erhebliche
23 Einschränkung der Partizipations- und Entwicklungsmöglichkeiten junger Menschen
24 – nicht nur in unserem Verband. Die geplanten Kürzungen gefährden das Fundament
25 der Arbeit von Kinder- und Jugendverbänden. Wegfallen würden Angebote, die
26 Orientierung, Zusammenhalt und Freiräume schaffen. Besonders in Zeiten, in denen
27 der gesellschaftliche Zusammenhalt immer stärker auf die Probe gestellt wird,
28 ist dies verheerend.

29 Auch die Arbeit des NAJU-Bundesverbandes wird durch die geplanten Kürzungen
30 massiv eingeschränkt. Dies betrifft vor allem die Unterstützung der
31 Landesverbände und wirkt sich sowohl auf die außerschulische Umweltbildung, die
32 Organisation von Freizeiten und Seminaren, als auch auf die Umsetzung von
33 Gremien und praktischen Naturschutzzeinsätzen aus.

34 Wir fordern die Abgeordneten des deutschen Bundestages daher auf, die Kürzungen
35 im Kinder- und Jugendplan zurückzunehmen. Stattdessen sollen sie die finanzielle
36 Unterstützung langfristig sichern und erhöhen.

37 Die drastischen Kürzungen bei den Bundesfreiwilligendiensten um 23,7 Prozent (78
38 Mio. EUR)[\[2\]](#) für das Jahr 2024 reduzieren zusätzlich und in erheblichem Maße die
39 Engagementmöglichkeiten für junge Menschen. Eine Gefährdung zwischen 20 und 50
40 Prozent der Stellen im Freiwilligenbereich[\[3\]](#) ist hierbei wahrscheinlich.

41 Wir fordern, die Kürzungen im Bereich der Freiwilligendienste rückgängig zu
42 machen und deren Finanzierung stattdessen langfristig sicherzustellen und
43 auszubauen.

44 Mit großer Sorge sehen wir zudem, dass die hohe Kinder- und Jugendarmut in
45 Deutschland die Teilhabe von Menschen in den entsprechenden Milieus langfristig
46 verhindert. Von den unter 18-Jährigen sind 20,8 Prozent von Armut betroffen oder
47 von ihr bedroht. Bei 18- bis 25-Jährigen sind es sogar 25,5 Prozent^[4]. Diese
48 Zahlen müssen zwingend reduziert werden.

49 Deshalb fordern wir eine Erhöhung der neu eingeführten Kindergrundsicherung. Sie
50 soll auf die ursprünglich vom Bundesfamilienministerium geforderten 12 Mrd. EUR
51 angehoben werden. Darüber hinaus fordern wir eine Ausbildungsvergütung
52 mindestens in Höhe des Mindestlohns auch für Auszubildende und ein armutsfestes
53 BAFöG für alle.

54 Ein Grund für die prekäre finanzielle Situation in der Kinder- und Jugendarbeit
55 liegt unter anderem in der Schuldenbremse. Sie verhindert, dass der Bund
56 ausreichende Mittel in die Hand nehmen kann, die zur Lösung der multiplen Krisen
57 unserer Zeit^[5] dringend gebraucht werden. Wir wehren uns gegen das Argument,
58 die Schuldenbremse sei zur Herstellung von Generationengerechtigkeit geeignet.
59 Investitionen in die öffentliche Daseinsvorsorge zu vernachlässigen, verschiebt
60 die Probleme in die Zukunft. Wenn aktuelle Probleme unter dem Vorwand der
61 Einhaltung der Schuldenbremse nicht bekämpft werden, werden wir junge Menschen
62 und zukünftige Generationen zeitnah vor noch viel schwerwiegenderen
63 Herausforderungen stehen. Die Schuldenbremse gefährdet somit unser
64 gesellschaftliches Wohl und unsere Zukunft. Die Schuldenbremse verhindert also
65 echte Generationengerechtigkeit.

66 Daher fordern wir eine Abkehr von der Schuldenbremse und ihre Streichung aus dem
67 Grundgesetz. Nur so kann sichergestellt werden, dass Deutschland in der Lage
68 ist, jungen Menschen positive Zukunftsaussichten zu ermöglichen und die
69 multiplen Krisen unserer Zeit zu bewältigen.

70 Zusammenfassend fordern wir, dass...

71 1. die geplanten Kürzungen im Kinder- und Jugendplan zurückgenommen werden und
72 gleichzeitig die finanzielle Förderung langfristig erhöht und abgesichert wird.

73 2. die Kürzungen im Bereich der Freiwilligendienste rückgängig gemacht werden
74 und eine langfristige Erhöhung der Förderung sichergestellt wird.

75 3. die neu eingeführte Kindergrundsicherung auf die ursprünglich vom
76 Bundesfamilienministerium geforderte Summe in Höhe von 12 Mrd. € erhöht wird
77 sowie einen deutlichen Anstieg der Ausbildungsvergütung zumindest auf den
78 Mindestlohn und ein armutsfestes BAFöG für alle.

79 4. Bund und Länder eine Abkehr von der Schuldenbremse vollziehen und dass die
80 Schuldenbremsen für Bund und Länder langfristig aus dem Grundgesetz gestrichen
81 werden, damit aktive Investitionen in unsere Zukunft getätigt werden können.

82 _____

83 Fußnoten:

84 [\[1\]https://www.bkj.de/news/bundeshaushalt-2024-kuerzt-kinder-und-jugendplan-und-
freiwilligendienste/](https://www.bkj.de/news/bundeshaushalt-2024-kuerzt-kinder-und-jugendplan-und-
85 freiwilligendienste/) (22.9.2023)

86 [\[2\]](#) Ebd.

87 [\[3\]](#) Laut Schätzungen des Bayerischen Jungendrings, siehe
88 [https://www.br.de/nachrichten/deutschland-welt/kuerzungen-geplant-sind-die-
freiwilligendienste-in-gefahr,TqDX2hD](https://www.br.de/nachrichten/deutschland-welt/kuerzungen-geplant-sind-die-
89 freiwilligendienste-in-gefahr,TqDX2hD) (22.9.2023)

90 [\[4\]https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/themen/aktuelle-
meldungen/2023/januar/neue-zahlen-zur-kinder-und-jugendarmut-jetzt-braucht-es-
die-kindergrundsicherung](https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/themen/aktuelle-
91 meldungen/2023/januar/neue-zahlen-zur-kinder-und-jugendarmut-jetzt-braucht-es-
92 die-kindergrundsicherung) (22.9.2023)

93 [\[5\]](#) Demokratiekrise, Klimakrise, Biodiversitätskrise, Armutskrise, Krieg in
94 Europa, u.v.m.

A9 Positionspapier zu Klimaschutz und Klimagerechtigkeit

Gremium: Bundesdelegiertenversammlung

Beschlussdatum: 24.09.2023

Antragstext

1 Die Auswirkungen der Klimakrise sind längst mess- und sichtbar. Die
2 gesellschaftlichen und historischen Ursachen sind vielfach wissenschaftlich
3 belegt. Neben erheblichen sozialen und ökonomischen Problemen drohen durch eine
4 weitere Erhitzung des globalen Klimas irreversible Schäden für Natur und Umwelt.
5 Wir leben im Zeitalter des Kapitalozäns: Der Ursprung der Klimakrise liegt in
6 kapitalistischen und kolonialen Strukturen.^[i] Daher sind Länder und Menschen
7 des Globalen Nordens¹ in besonderem Maße für die Klimakrise verantwortlich.
8 Historisch gesehen haben sie den Großteil der Treibhausgasemissionen
9 ausgestoßen.^[ii] Trotzdem sind Länder und Menschen des Globalen Südens¹ schon
10 seit Generationen am stärksten von den Folgen der Umweltausbeutung und der
11 Klimakrise betroffen. Sie gründeten Widerstands- und Umweltbewegungen dagegen.
12 Zudem spüren insbesondere junge und nachfolgende Generationen, von (Mehrfach-
13)Diskriminierung betroffene Menschen und Menschen in prekären Lebenssituationen
14 die Auswirkungen der Klimakrise in besonderem Maße.

15
16 ¹ Die Begriffe "Globaler Norden" und "Globaler Süden" verweisen nicht auf
17 geografische Kategorien. „Mit dem Begriff Globaler Süden wird eine im
18 globalen System benachteiligte gesellschaftliche, politische und
19 ökonomische Position beschrieben. Globaler Norden hingegen bestimmt eine
20 mit Vorteilen bedachte Position. Die Einteilung verweist auf die
21 unterschiedliche Erfahrung mit Kolonialismus und Ausbeutung, einmal als
22 vor allem Profitierende und einmal als vornehmlich Ausgebeutete“ (glokal
23 2013).

24 Quelle: glokal 2013: Mit kolonialen Grüßen. Berichte und Erzählungen von
25 Auslandsaufenthalten rassistisch kritisch betrachtet. URL:
26 [https://www.glokal.org/wp-](https://www.glokal.org/wp-content/uploads/2013/09/BroschuereMitkolonialenGruessen2013.pdf)
27 [content/uploads/2013/09/BroschuereMitkolonialenGruessen2013.pdf](https://www.glokal.org/wp-content/uploads/2013/09/BroschuereMitkolonialenGruessen2013.pdf),
28 S. 8, aufgerufen am 23.09.2023.

29 Um die Folgen der Klimakrise einzudämmen, hat sich die internationale
30 Staatengemeinschaft 2015 mit dem Pariser Abkommen darauf verständigt, die
31 globale Erwärmung auf deutlich unter 2 Grad Celsius zu begrenzen und
32 Anstrengungen zu unternehmen, eine maximale Erwärmung von 1,5 Grad Celsius
33 anzustreben. Im März 2023 veröffentlichte der Weltklimarat (IPCC) seinen
34 sechsten Sachstandsbericht, der die gravierende Handlungslücke zur Einhaltung
35 des 1,5 Grad-Ziels deutlich unterstreicht.^[iii] Das Fenster, in dem die
36 Erderwärmung noch auf 1,5 Grad begrenzt werden kann, wird sich in wenigen Jahren
37 schließen. Die bisher umgesetzten und geplanten Maßnahmen der Staaten reichen
38 nicht aus, um die im Pariser Klimaabkommen vereinbarten Ziele einzuhalten. Jedes
39 Zehntelgrad Erwärmung hat schwerwiegende Konsequenzen. Unter anderem werden
40 Ökosysteme unwiederbringlich zerstört, Biodiversität geht verloren, Konflikte um
41 natürliche Ressourcen nehmen zu, Extremwetterereignisse treten vermehrt auf und
42 Menschen verlieren ihre Existenzgrundlage und Heimat. Dies ist ein unhaltbarer
43 Zustand.

44 Als NAJU setzen wir uns für junge und marginalisierte Gruppen ein. Deshalb
45 fordern wir einen wirksamen und gerechten Klimaschutz. Ziel ist der Erhalt von
46 Lebensgrundlagen und einer intakten Natur. Deshalb muss eine sozial-ökologische
47 Transformation die globale Erwärmung schnellstmöglich bremsen und die Erfüllung
48 der Grundbedürfnisse aller Menschen sicherstellen.

49 Daher fordern wir:

- 50 1. Eine ambitionierte und sozialgerechte Klimapolitik der Bundesregierung
51 sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene, die sich an dem
52 1,5 Grad-Ziel und den dafür aus wissenschaftlicher Sicht notwendigen
53 Maßnahmen orientiert. Dazu müssen die Treibhausgasemissionen in
54 Deutschland auf Nettonull bis 2035 gesenkt werden.
- 55 2. Eine sozial- und naturverträgliche Energiewende mit einem vollständigen
56 Kohleausstieg in Deutschland bis 2030.
- 57 3. Eine Reduktion der Treibhausgasemissionen auf europäischer Ebene um
58 mindestens 65 Prozent bis 2030 (im Vergleich zu 1990) sowie das Erreichen
59 der Klimaneutralität auf EU-Ebene bis 2040.
- 60 4. Die politische und gesellschaftliche Anerkennung, dass der Globale Norden
61 als Hauptverursacher der Klimakrise die größte Verantwortung trägt,
62 während der Globale Süden am stärksten von den Folgen betroffen ist.
- 63 5. Die politische und gesellschaftliche Anerkennung des Zusammenhangs
64 zwischen Klimakrise, Kolonialismus und Rassismus. Anhaltende koloniale
65 Machtstrukturen müssen konsequent abgebaut werden.
- 66 6. Klimaschutz muss sozial gerecht gestaltet werden. Insbesondere FLINTA*-
67 Personen (Frauen, Lesben, Inter, Nichtbinär, Trans, Agender), BIPOC,
68 (mehrfach-)diskriminierte Menschen, Menschen in prekären Lebenssituationen
69 und junge Menschen müssen aus Perspektive der Gender-, Generationen- und
70 Klimagerechtigkeit stärker berücksichtigt werden.
- 71 7. Die Sichtbarmachung von Perspektiven, Umweltbewegungen und
72 Widerstandskämpfen von BIPOC (Black, Indigenous and People of Color).
- 73 8. Als Industrieland mit einer globalen Verantwortung für die Menschen in den
74 Ländern, die besonders von der Klimakrise betroffen sind, muss Deutschland
75 eine internationale Vorreiterrolle einnehmen. Dies gilt sowohl innerhalb
76 der Europäischen Union als auch bei den Vereinten Nationen.
- 77 9. Das Ende des Raubbaus und der Ressourcenausbeutung insbesondere im
78 Globalen Süden zugunsten des Globalen Nordens.
- 79 10. Umfangreiche Anpassungen an die bereits messbaren Auswirkungen der
80 Klimakrise zum Schutz der Menschen sowie der natürlichen Lebensgrundlagen.
- 81 11. Eine Erhöhung der von Deutschland bereitgestellten internationalen
82 Klimafinanzierung auf mindestens 8 Milliarden Euro bis 2025. Das neue
83 Klimafinanzierungsziel ab 2025 muss sich an den Bedarfen der am stärksten
84 von der Klimakrise betroffenen Länder ausrichten. Deutschland muss sowohl
85 Gelder für die Emissionsminderung und Anpassung als auch zusätzliche

- 86 Mittel für den vereinbarten Fond für Klimawandelschäden und -verluste
87 bereitstellen.
- 88 12. Die Anerkennung der gravierenden Folgen der Klimakrise als Fluchtursache
89 und die Gewährleistung von Schutz für flüchtende sowie schutzsuchende
90 Menschen.
- 91 13. Den Schutz und die klimaresiliente Renaturierung von Ökosystemen als
92 natürliche Kohlenstoffsenken.
- 93 14. Eine klimaverträgliche Agrarpolitik, die klimaresiliente Lebensräume
94 schafft und Biodiversität fördert. Zugleich muss die Zukunft für
95 Landwirt*innen gesichert sein.
- 96 15. Eine klimaschützende und nachhaltige Mobilität. Insbesondere müssen dabei
97 die unterschiedlichen Voraussetzungen in Städten und auf dem Land
98 berücksichtigt und der Verkehrssektor sozialverträglich transformiert
99 werden.
- 100 16. Die umfangreiche Sensibilisierung von Kindern, Jugendlichen und
101 Erwachsenen gegenüber der Klimakrise, ihrer Auswirkungen und der
102 notwendigen Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen im Rahmen schulischer und
103 außerschulischer Bildungsarbeit.
- 104 17. Eine umfassende Beteiligung von Jugendlichen, jungen Erwachsenen und
105 marginalisierten Gruppen bei der Ausgestaltung von Klimaschutzmaßnahmen
106 auf allen Ebenen.
- 107 18. Eine umfassende sozial-ökologische Transformation, die strukturelle
108 Probleme löst.

109 Erläuterung und Begründung unserer Forderungen

- 110 1. Das zur Verfügung stehende CO₂-Budget gibt laut Sachverständigenrat für
111 Umweltfragen den Rahmen für den angemessenen und notwendigen Beitrag
112 Deutschlands zur Einhaltung der Pariser Klimaziele vor. Bei linearer
113 Reduktion der Emissionen (basierend auf 2019) müsste Deutschland ab 2038
114 klimaneutral sein.^[iv] Von Fridays for Future Deutschland beauftragt, hat
115 das Wuppertal Institut in einer Studie ermittelt, wie Klimaneutralität
116 bereits 2035 machbar wäre.^[v] Dafür notwendig sind ambitionierte
117 Investitionen und ein gesellschaftlicher Umbau. So wird sichergestellt,
118 dass der deutsche Anteil am verbleibenden globalen CO₂-Budget für das 1,5
119 Grad-Ziel nicht überproportional beansprucht wird.
- 120 2. Der Ausbau der Erneuerbaren Energien ist essenziell für das Erreichen
121 ambitionierter Klimaziele. Insbesondere der Ausbau von Windkraft- und
122 Photovoltaikanlagen muss dazu massiv vorangetrieben werden. Eine
123 vollständige klimaneutrale Stromversorgung mit Erneuerbaren bis 2035 ist
124 umsetzbar^[vi] und von elementarer Bedeutung. Dazu braucht es erhebliche
125 Investitionen in die Forschung zu erneuerbaren Energien sowie zu Leitungs-
126 und Speichertechnologien, den großflächigen Ausbau dieser und den Abbau
127 struktureller und bürokratischer Hürden. Um Erneuerbare Energien mit

- 128 Arten- und Naturschutz zu vereinen, müssen Herausforderungen deutlich
129 adressiert und abgewogen werden, Fachpersonal befragt und regionale
130 Lösungen umgesetzt werden.[\[vii\]](#) Die Einbindung der Bürger*innen vor Ort
131 ist fundamental für die Akzeptanz der notwendigen Energiewende.
132 Neben dem Ausbau der Erneuerbaren Energien muss der Ausstieg aus fossilen
133 Energieträgern schnell eingeleitet werden. Dafür muss Deutschland bis 2030
134 aus der Kohleverstromung aussteigen.
- 135 3. Mit dem Green Deal hat sich die Europäische Union auf den richtigen Weg
136 gemacht. Mit ihrer langfristigen Klimastrategie legt sich die EU fest, bis
137 2050 Klimaneutralität erreichen zu wollen. Die Erhöhung des europäischen
138 Reduktionsziels bis 2030 auf 55 Prozent kann hier nur ein erster Schritt
139 sein und muss zeitnah weiter auf 65 Prozent netto (d.h. ohne Anrechnung
140 von Senken) angehoben werden, um auch international ein wichtiges Zeichen
141 zu setzen.[\[viii\]](#)
- 142 4. Die Länder und Menschen des Globalen Nordens müssen sich über ihre Rolle
143 als Hauptverursacher*innen der Klimakrise bewusst werden, dementsprechend
144 Verantwortung übernehmen und für Schäden und Verluste aufkommen. Sie sind
145 historisch für den größten Anteil der Treibhausgasemissionen
146 verantwortlich und profitieren wirtschaftlich am meisten.[\[ii\]](#) Die Folgen
147 der Klimakrise spüren jedoch nicht alle Länder gleichermaßen. Länder und
148 Menschen des Globalen Südens sind am stärksten von der Klimakrise
149 betroffen. Die von Ländern des Globalen Nordens (insbesondere der EU)
150 forcierten Freihandelsabkommen verschärfen und verfestigen diese
151 Ungleichheiten zusätzlich, indem beispielsweise Umweltprobleme in Länder
152 des Globalen Südens ausgelagert werden.
- 153 5. Im Zuge des Kolonialismus haben Europäer*innen andere Menschen massenweise
154 verschleppt, versklavt und getötet. Dieses Unterdrückungssystem beruhte
155 auf einer Rassifizierung von Menschen, das heißt auf der Erfindung von
156 hierarchisch geordneten „Menschenrassen“. Dabei ordneten sich weiße
157 Menschen selbst positive Eigenschaften zu, den kolonialisierten,
158 versklavten Menschen ordneten sie hingegen gegensätzliche negative
159 Eigenschaften zu. Neben der Einteilung in Schwarze und weiße Menschen
160 wurde die Welt in weitere hierarchisch geordnete, binäre Gegensatzpaare
161 geteilt, unter anderem in die Kategorien Mann und Frau, heterosexuell und
162 homosexuell, nicht be_hindert und be_hindert usw. Durch diese koloniale
163 Einteilung der Welt schufen sich die Europäer*innen eine Rechtfertigung,
164 um die kolonisierten Menschen auszubeuten, zu unterdrücken und
165 abzuwerten.[\[ix\]](#)
166 Die Bildung von Gegensatzpaaren machte auch vor der Natur keinen Halt:
167 weiße Menschen schrieben kolonisierten Menschen zu, primitiv und naturnah
168 zu sein. Zugleich waren sie der Ansicht, dass sie selbst durch ihr
169 rationales Denken von der Natur entkoppelt seien. Die Natur wird in diesem
170 Denken zu etwas Gestaltbaren und Beherrschbaren. Zugleich wird verleugnet,
171 dass der Mensch als biologisches Wesen Teil von der Natur ist und von
172 natürlichen Ökosystemen abhängig ist. Durch die Abwertung von Natur hat
173 das koloniale Denken die Ausbeutung unserer natürlichen Lebensgrundlagen

- 174 zugunsten von Profiten ermöglicht. Die Klimakrise hat ihre Wurzeln in
175 diesem Denken.
176 1.
177 Diese Zusammenhänge von Klimakrise, Kolonialismus und Rassismus
178 müssen anerkannt und beendet werden, um Klimagerechtigkeit zu
179 schaffen.[\[ix\]](#)
- 180 6. Diskriminierungen wie Rassismus, Klassismus, Sexismus, Ableismus
181 (Diskriminierung von behinderten Menschen) oder Ageism (Diskriminierung
182 aufgrund des Alters) stellen soziale Ungleichheits- und Machtverhältnisse
183 dar und wirken intersektional.[\[x\]](#) Sie drängen bestimmte gesellschaftliche
184 Gruppen an die gesellschaftlichen Ränder. Von (Mehrfach-)Diskriminierung
185 betroffene Gruppen haben daher in der Regel weniger ökonomische Ressourcen
186 und gesellschaftliche Einflussmöglichkeiten. Sie können sich selbst nicht
187 im gleichen Maße vor Klimafolgen absichern und werden in staatlichen
188 Maßnahmen nicht unbedingt gleichermaßen berücksichtigt. So bekommen
189 marginalisierte Gruppen die Folgen der globalen Erwärmung am stärksten zu
190 spüren. Sie sind von der Klimakrise besonders betroffen, obwohl sie wenig
191 zur Erderwärmung beigetragen haben.[\[xi\]](#)
192 Gendergerechtigkeit ist eine wichtige Voraussetzung für
193 Klimagerechtigkeit, da FLINTA*-Personen (Frauen, Lesben, Inter,
194 Nichtbinär, Trans, Agender) vor allem Personen aus dem Globalen Süden,
195 sehr stark von der Klimakrise betroffen sind.[\[xii\]](#) Insbesondere in den
196 Bereichen der Organisation der Erwerbs- und Sorgearbeit, des Zugangs zu
197 Ressourcen, Gesundheitsvorsorge und politischer Beteiligung sind diese
198 stark benachteiligt. Sie haben meist einen geringeren sozialen Status,
199 sowie weniger politische und wirtschaftliche Macht als Männer. Dies geht
200 insbesondere auf die historisch bedingte androzentrische
201 (männerzentrierte) Sichtweise in Institutionen und Politik zurück.
202 Deswegen fordern wir das Aufbrechen der patriarchalen Strukturen sowie
203 eine verstärkte Sichtbarkeit und Unterstützung von FLINTA*-Personen,
204 (mehrfach-) diskriminierte Menschen sowie Menschen in prekären
205 Lebenssituationen.
- 206 7. Heutzutage stehen vor allem weiße Klima- und Umweltbewegungen im
207 öffentlichen Fokus. Bewegungen von BIPoC (Black, Indigenous and People of
208 Color) werden dabei meistens außer Acht gelassen und vernachlässigt – nur
209 selten wird in den Medien über sie berichtet. Jedoch kämpfen BIPoC-
210 Aktivist*innen schon seit Jahrzehnten gegen die Auswirkungen der
211 Klimakrise sowie gegen strukturelle Unterdrückungsmuster. Die Arbeit und
212 das Engagement von insbesondere jungen BIPoC-Aktivist*innen müssen
213 sichtbar gemacht und anerkannt werden, da gerade sie besonders stark von
214 den Folgen der Klimakrise betroffen sind. (Einige Kurzvorstellungen von
215 BIPoC-Klimaaktivist*innen können in der kostenlosen Broschüre
216 „Kolonialismus und Klimakrise. Über 500 Jahre Widerstand“ nachgelesen
217 werden.[\[ix\]](#)) Auch Widerstandsbewegungen von BIPoC bekommen wenig
218 Aufmerksamkeit, obwohl sie sich schon früh bildeten. Widerstandsbewegungen
219 von BIPoC-Aktivist*innen fordern, Umweltprobleme nicht isoliert zu
220 betrachten. Stattdessen sollten sie als soziale Probleme behandelt werden,
221 die ihren Ursprung in gesellschaftlichen Hierarchien und
222 Ausbeutungssystemen haben. Durch die öffentliche Vernachlässigung von
223 BIPoC-Protesten wird das falsche Bild geschaffen, Menschen aus dem

- 224 Globalen Süden seien nicht am Umwelt- und Klimaschutz interessiert. Dies
225 ist auf die Ideologie des weißen Naturschutzes zurückzuführen, die im
226 Kolonialismus verwurzelt ist.[\[ix\]](#)
- 227 8. Deutschland als einer der größten globalen Emittenten und als Land mit
228 starken ökonomischen und technologischen Möglichkeiten trägt eine
229 besondere Verantwortung. Deshalb muss Deutschland auch innerhalb der EU
230 und auf internationaler Ebene für ambitionierte Reduktionsziele und
231 konsequente Klimaschutzmaßnahmen eintreten. Insbesondere bei der
232 Ausgestaltung von internationalen Handelsmechanismen mit CO₂-Emissionen
233 fordern wir die Bundesregierung auf, für eine robuste, faire und sichere
234 Ausgestaltung einzutreten, damit es, anders als unter dem Kyoto-Protokoll,
235 nicht zu massivem Missbrauch kommt. Dies bedeutet, dass die
236 Anrechenbarkeit von Zertifikaten aus dem Kyoto-Mechanismus stark
237 reglementiert und eingeschränkt werden muss. Zudem müssen Doppelzählungen
238 und Schlupflöcher im Regelwerk ausgeschlossen werden und eine zusätzliche
239 Reduktion der CO₂-Emissionen erwirkt werden.[\[xiii\]](#)
- 240 9. Länder und Menschen des Globalen Nordens profitieren von der
241 Ressourcenausbeutung des Globalen Südens. Dies hat seinen Ursprung in der
242 Kolonialzeit und hält bis heute an. Eine große Rolle spielt außerdem das
243 kapitalistische System, dass insbesondere auf Profit und Gewinn aus ist.
244 Unter anderem werden zugunsten des Globalen Nordens Rohstoffe sehr günstig
245 importiert.[\[ix\]](#) So kommt es zu einer Ausbeutung von Tieren, Pflanzen,
246 Menschen und Ökosystemen des Globalen Südens, die die Kosten unseres
247 Lebensstils tragen.[\[xiv\]](#)
- 248 10. 1. Die Auswirkungen der Klimakrise sind bereits überall auf der Welt -
249 wenn auch in ungleichem Maße - zu spüren. Szenarien zu erstellen, um
250 diese greifbar zu machen, kann nur ein erster Schritt sein. Die
251 aktive und zeitnahe Einrichtung beziehungsweise Anpassung von
252 Entwässerungsanlagen oder Warnsystemen kann nicht schnell genug
253 erfolgen. Grundsätzlich müssen Städte- und Häuserbau ebenso neu
254 gedacht werden, wie viele andere Wirtschaftsbereiche auch.[\[xv\]](#) Eine
255 besondere Bedeutung bei der Stadtentwicklung kommt dabei der
256 Entsiegelung von Flächen und dem Schaffen von Blau-Grüner-
257 Infrastruktur insbesondere in dicht bebauten Stadtteilen zu. Gerade
258 in sozioökonomisch schwächeren Stadtteilen gibt es häufig einen
259 hohen Anteil versiegelter Flächen, die sich im Sommer besonders
260 stark aufheizen und so zu einem schlechteren Mikroklima führen.
261 Aktiver Naturschutz sowie die Renaturierung und der Erhalt von
262 Ökosystemen wie (Au-)Wäldern oder Mooren tragen aktiv zur Prävention
263 bei. Dieser Umbau bietet durchaus Chancen: Es entstehen neue
264 Möglichkeiten gesellschaftlichen und wirtschaftlichen
265 Zusammenlebens. Hinzu kommt: Wer jetzt proaktiv investiert und
266 Anstrengungen unternimmt, die Klimakrise einzudämmen, zahlt heute
267 einen geringeren finanziellen sowie gesellschaftlichen Preis, als

268 wenn in einigen Jahren ad-hoc Schutz- und Anpassungsmaßnahmen
269 umgesetzt werden müssen.

270 11. Bereits jetzt wird deutlich, dass die größten Schäden und Verluste
271 diejenigen Länder treffen, die einen sehr geringen Anteil zu den globalen
272 Treibhausgasemissionen beigetragen haben und zugleich nicht über die
273 notwendigen Ressourcen verfügen, sich gegen die Schäden präventiv zu
274 schützen. Deutschland muss als reiche Industrienation seine Verantwortung
275 anerkennen und einen relevanten Beitrag zur Klimafinanzierung leisten.
276 Dies muss in den Bereichen Emissionsminderung, Anpassung sowie
277 Klimawandelschäden und -verluste erfolgen. Bisher hält die Gruppe
278 wohlhabender Länder ihr Versprechen nicht, von 2020 bis 2025 jährlich 100
279 Milliarden US-Dollar Klimafinanzierung für Länder des Globalen Südens
280 bereitzustellen. Die Bundesregierung muss sich für die Erfüllung des Ziels
281 stark machen und den eigenen Anteil von mindestens 8 Milliarden US-Dollar
282 pro Jahr bis 2025 absichern. Das neue Klimafinanzierungsziel ab 2025 muss
283 sich an den Bedarfen der am stärksten von der Klimakrise betroffenen
284 Länder ausrichten. Ein deutscher Anteil von 10 Prozent an der Gesamtsumme
285 muss sichergestellt werden.[\[xvi\]](#) Darüber hinaus muss sich die
286 Bundesregierung dafür einsetzen, dass die Staatengemeinschaft die
287 internationalen Finanzströme im Sinne des Klima- und Artenschutzes
288 kanalisiert und steuert.

289 12. Bereits heute beeinflusst die Klimakrise und die daraus resultierende
290 Umweltzerstörung die Lebensumstände vieler Menschen so sehr, dass sie
291 gezwungen sind, ihre Heimat zu verlassen. Sowohl nach der Genfer
292 Flüchtlingskonvention als auch nach dem deutschen Asylrecht steht diesen
293 Menschen bislang kein Schutz zu. Die Bundesregierung muss auf
294 internationaler Ebene dafür eintreten, dies zu ändern und das nationale
295 Recht anzupassen.[\[xvii\]](#)

296 13. Die Zusammenhänge zwischen dem Verlust der Artenvielfalt und der
297 Klimakrise sind eindeutig. Untrennbar und sich gegenseitig verstärkend
298 stellen beide Entwicklungen eine Krise von existenzieller Bedrohung dar.
299 Der Schutz von Ökosystemen und biologischer Vielfalt muss künftig viel
300 mehr Raum bei der Ausgestaltung von Klimaschutzmaßnahmen einnehmen als
301 bisher. Ohne konsequente Naturschutz- und Renaturierungsmaßnahmen können
302 die Emissionsminderungsziele nicht erreicht werden. Dies bestätigen die
303 Berichte des Weltbiodiversitätsrat (IPBES)[\[xviii\]](#) und des Weltklimarats
304 (IPCC)[\[xix\]](#). Zudem sind intakte Ökosysteme notwendig, um die Resilienz
305 gegenüber dem sich ändernden Klima zu erhöhen. Natürliche Lösungen
306 (sogenannte NBS, Nature-based Solutions) müssen in der Debatte um
307 Klimaschutzmaßnahmen stärker als bisher bedacht werden. Gleichzeitig
308 müssen Klimaschutzmaßnahmen hinsichtlich ihres Einflusses auf die
309 Biodiversität überprüft werden.

310 14. Laut IPCC-Sonderbericht 2019 ist die Landnutzung weltweit für 23 Prozent
311 aller Emissionen verantwortlich.[\[xix\]](#) Die Landwirtschaft ist somit
312 weltweit einer der Haupttreiber der Klimakrise und hat gleichzeitig massiv
313 mit deren Folgen zu kämpfen. Die NAJU trägt die Forderungen der
314 Zukunftskommission Landwirtschaft mit[\[xx\]](#) und setzt sich für einen
315 Brückenschlag zwischen Naturschützer*innen und Landwirt*innen ein. Eine

- 316 klimaresiliente Landwirtschaft sorgt nicht nur für Lebensmittelsicherheit
317 weltweit und kann so die Versorgung der Weltbevölkerung zukünftig
318 garantieren, sondern sichert auch Arbeitsplätze. Darüber hinaus ist der
319 Umbau zu einer resilienten, fairen und naturnahen Landwirtschaft der
320 Schlüssel für den Erhalt der Biodiversität.[\[xxi\]](#)
- 321 15. Der Verkehrssektor ist der einzige Sektor, in dem die CO₂-Emissionen in
322 Deutschland seit 1990 nicht gesunken sind.[\[xxii\]](#) 2019 wurden noch mehr als
323 ein Fünftel der Emissionen im Verkehr verursacht. Die Wende zu einer
324 postfossilen ressourcensparenden Mobilität ist nicht nur aus Sicht des
325 Klimaschutzes, sondern auch aus gesundheitlichen und sozialen Gründen
326 überfällig. Der Straßenverkehr macht in Deutschland fast 95 Prozent der
327 Emissionen in diesem Sektor aus,[\[iv\]](#) sodass hier der entscheidende Hebel
328 besteht. Ab 2030 sollen keine Fahrzeuge mit Verbrennungsmotor mehr
329 zugelassen werden. Allerdings kann die Lösung nicht sein, alle Fahrzeuge
330 durch solche mit Elektro-Antrieb zu ersetzen. Einhergehend mit einer
331 Preisreduzierung und dem Ausbau des ÖPNV sowie der Rad- und
332 Fußverkehrsinfrastruktur, muss der individuelle Automobilverkehr deutlich
333 reduziert werden. Um längere Distanzen zu überwinden, muss die Bahn in der
334 Taktung, der Preisgestaltung sowie dem Service angepasst werden.
335 Kurzstreckenflüge bis 1.000 Kilometer müssen zeitnah ersetzt werden. Damit
336 auch alle Menschen den ÖPNV tatsächlich nutzen können, muss dieser mitsamt
337 seiner Infrastruktur flächendeckend barrierefrei gestaltet werden und
338 strukturelle Benachteiligungen wie die schlechtere Anbindung von
339 sozioökonomisch vermeintlich schwächeren Stadtteilen und Regionen abgebaut
340 werden. Der ÖPNV und die entsprechende Infrastruktur wie Bahnhöfe müssen
341 auch sichere Orte insbesondere für von (Mehrfach-)Diskriminierung
342 betroffenen Menschen werden, um eine alternative zum Motorisierten
343 Individualverkehr zu werden. Wir verweisen auf die Positionspapiere der
344 NAJU[\[xxiii\]](#) sowie des Deutschen Bundesjugendrings[\[xxiv\]](#) zur
345 Mobilitätswende.
- 346 16. Um auf die Herausforderungen des gesellschaftlichen, technologischen und
347 kulturellen Umbaus angesichts der Klimakrise angemessen reagieren zu
348 können, sind Verständnis und Handlungskompetenz in der Breite der
349 Gesellschaft notwendig. Bildungsarbeit im formellen sowie informellen
350 Bereich ist von größter Bedeutung bei der Gestaltung der Gesellschaft in
351 Zeiten der Klimakrise. Die Klimakrise und ihre Auswirkungen müssen
352 zentrale Inhalte in Bildungsplänen und Rahmenlehrplänen sein. Von
353 besonderer Bedeutung ist dabei nicht nur der bloße Umgang mit Kennzahlen
354 und Fakten, sondern auch ein lösungs- und handlungsorientierter Ansatz.
355 Nur mit der Kompetenz, sich Herausforderungen zu stellen, diese zu
356 moderieren und unter Einbeziehung unterschiedlicher Perspektiven gezielt
357 anzugehen, kann die Gesellschaft der Klimakrise wirkungsvoll begegnen. Das
358 Konzept einer Bildung für Nachhaltige Entwicklung stellt hierfür die
359 Grundlage dar.[\[xxv\]](#)
- 360 17. 1. Besonders vulnerable Gruppen müssen umfassend an politischen und
361 gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen beteiligt werden. Neben
362 anderen marginalisierten Gruppen werden die Klimafolgen insbesondere
363 heutige junge und zukünftige Generationen treffen, die keine direkte

364 Verantwortung für die enormen Treibhausgasemissionen tragen. Sie
 365 werden noch viele Jahre in der Welt leben, die ihnen übergeben wird
 366 und wären bei fortschreitender Klimakrise stark in ihren
 367 Grundrechten eingeschränkt. So hat es das Bundesverfassungsgericht
 368 in seinem wegweisenden Urteil im Frühjahr 2021 festgestellt.^[xxvi]
 369 Nur durch umfassende Beteiligungsmöglichkeiten können sie die Welt
 370 von morgen, in der sie leben werden, heute schon
 371 mitgestalten.^[xxvii] Diese Beteiligung muss auf allen politischen
 372 Ebenen gewährleistet sein, sei es durch Abschaffung des
 373 Wahlalters^[xxviii] oder durch Schaffung entsprechender Gremien und
 374 Posten.

375 18. 1. Unsere Ressourcen auf dem Planeten sind begrenzt, weshalb
 376 grenzenloses Wachstum eine Illusion ist. Zugleich führt das Streben
 377 nach immer größeren Profiten zu einer immer größeren
 378 Ungleichverteilung des Wohlstandes und zerstört Natur und Umwelt. Um
 379 Klimagerechtigkeit in unserer Gesellschaft zu schaffen, braucht es
 380 eine umfassende gesellschaftliche Transformation.^[xxix] Technische
 381 Innovationen allein können die Klimakrise nicht lösen.
 382 Umweltprobleme können nicht isoliert betrachtet werden, sondern
 383 müssen als soziale Phänomene verstanden werden. Ökologische und
 384 soziale Aspekte können sich wechselseitig verstärken – im Positiven
 385 wie im Negativen.

386 Wir verweisen auf die anderen Positionspapiere der NAJU sowie auf die Positionen
 387 des NABU (Naturschutzbund Deutschland) e.V.

388 ^[i]Zum „Capitalocene“:

389 Moore, J. W. 2016: Anthropocene or Capitalocene? Nature, history, and the crisis
 390 of capitalism. In: Moore, J. W. (ed.) 2016: Anthropocene or Capitalocene?
 391 Nature, history, and the crisis of capitalism. Oakland: PM Press, S. 1-13.

392 Zum „Racial Capitalocene“:

393 Davis, J., A. A. Moulton, L. van Sant und B. Williams 2019: Anthropocene,
 394 Capitalocene, ... Plantationocene?: A Manifesto for Ecological Justice in an Age
 395 of Global Crises. Geography Compass 13 (5), doi: 10.1111/gec3.12438 .

396 Sharpe, C. E. 2016: In the wake. On Blackness and being. Durham: Duke University
 397 Press.

398 Vergès, F. 2017: Racial capitalocene. In: Johnson, G. T. and A. Lubin (eds.):
 399 Futures of black radicalism. London/New York : Verso, S. 72-82

400 ^[ii] Hickel, J. 2021: The anti-colonial politics of degrowth. Political
 401 Geography 88 <https://doi.org/10.1016/j.polgeo.2021.102404> . URL, aufgerufen am
 402 05.09.2023.

403 Chancel, L., T. Piketty 2015: Carbon and inequality: from Kyoto to Paris. Trends
 404 in the global inequality of carbon emissions (1998-2013) & prospects for an
 405 equitable adaptation fund. Paris: Paris School of Economics. URL, aufgerufen am
 406 05.09.2023.

407 ^[iii] IPCC 2023: Climate Change 2023: Synthesis Report. Contribution of Working
 408 Groups I, II and III to the Sixth Assessment Report of the Intergovernmental
 409 Panel on Climate Change. Core Writing Team, H. Lee and J. Romero (eds.). Genf:
 410 IPCC Sekretariat, doi: 10.59327/IPCC/AR6-9789291691647 . URL, aufgerufen am
 411 05.09.2023.

- 412 [\[iv\]](#) Sachverständigenrat für Umweltfragen 2020: Für eine entschlossene
413 Umweltpolitik in Deutschland und Europa. Kurzfassung. [URL](#), aufgerufen am
414 05.09.2023.
- 415 [\[v\]](#) Wuppertal Institut 2020: CO₂-neutral bis 2035: Eckpunkte eines deutschen
416 Beitrags zur Einhaltung der 1,5-°C-Grenze. Bericht. Wuppertal. [URL](#), aufgerufen
417 am 05.09.2023.
- 418 [\[vi\]](#) Energywatchgroup 2021: Das Energiesystem der Zukunft. 100% Erneuerbare
419 Energien für Deutschland bis 2030. Klimaschutz – Versorgungssicherheit –
420 Wirtschaftlichkeit. [URL](#), aufgerufen am 05.09.2023.
- 421 [\[vii\]](#) NAJU 2022: NAJU-Resolution zum Ausbau Erneuerbarer Energien. Zeit für
422 einen Perspektivenwechsel zur Bewältigung von Klima- und Artenkrise. [URL](#),
423 aufgerufen am 05.09.2023.
- 424 [\[viii\]](#) Climate Action Tracker: EU. County summary. [URL](#), aufgerufen am
425 05.09.2023.
- 426 [\[ix\]](#) Bechert, L., Dodo, Shayli Kartal 2021: Kolonialismus & Klimakrise. Über 500
427 Jahre Widerstand. Jugend im BUND für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V.
428 (ed.). [URL](#), aufgerufen am 05.09.2023.
- 429 [\[x\]](#) Crenshaw, K. 2016: The urgency of intersectionality. [URL](#), aufgerufen am
430 05.09.2023.
- 431 [\[xi\]](#) Kurwan, J. 2023: Klimagerechtigkeit. Bundeszentrale für politische Bildung
432 (ed.). [URL](#), aufgerufen am 05.09.2023.
- 433 [\[xii\]](#) Alber, G., D. Hummel, U. Röhr, M. Spitzner, I. Stieß 2018:
434 Geschlechtergerechtigkeit und Klimapolitik. In: Bundeszentrale für politische
435 Bildung (ed.): APuZ Aus Politik und Zeitgeschichte. [URL](#), aufgerufen am
436 05.09.2023.
- 437 [\[xiii\]](#) NABU, NAJU 2019: Klimakonferenz: Ambitionen erhöhen, Schlupflöcher
438 schließen. NABU/NAJU-Forderungen zur COP 25 Madrid. [URL](#), aufgerufen am
439 05.09.2023.
- 440 [\[xiv\]](#) Umweltbundesamt 2021: Ressourcennutzung und ihre Folgen. [URL](#), aufgerufen
441 am 05.09.2023.
- 442 [\[xv\]](#) Umweltbundesamt 2022: Anpassung: Handlungsfeld Bevölkerungs- und
443 Katastrophenschutz. [URL](#), aufgerufen am 05.09.2023.
- 444 [\[xvi\]](#) NABU, NAJU 2022: Klimakonferenz: Für Natur, Klima und Menschen.
445 Gemeinsamer Standpunkt von NAJU und NABU zur Weltklimakonferenz UNFCCC COP 27.
446 [URL](#), aufgerufen am 05.09.2023.
- 447 [\[xvii\]](#) Schraven, B. 2019: Der Zusammenhang zwischen Klimawandel und Migration.
448 In: Bundeszentrale für politische Bildung (ed.): Migration und Klimawandel. [URL](#),
449 aufgerufen am 05.09.2023.
- 450 [\[xviii\]](#) IPBES 2019: Global assessment report on biodiversity and ecosystem
451 services of the Intergovernmental Science-Policy Platform on Biodiversity and
452 Ecosystem Services. E. S. Brondizio, J. Settele, S. Díaz, and H. T. Ngo (eds.).
453 Bonn: IPBES Sekretariat, <https://doi.org/10.5281/zenodo.3831673>. [URL](#),
454 aufgerufen am 05.09.2023.

- 455 [\[xix\]](#) IPCC 2019: Summary for Policymakers. In: Climate Change and Land: an IPCC
456 special report on climate change, desertification, land degradation, sustainable
457 land management, food security, and greenhouse gas fluxes in terrestrial
458 ecosystems. P.R. Shukla, J. Skea, E. Calvo Buendia, V. Masson-Delmotte, H.- O.
459 Pörtner, D. C. Roberts, P. Zhai, R. Slade, S. Connors, R. van Diemen, M. Ferrat,
460 E. Haughey, S. Luz, S. Neogi, M. Pathak, J. Petzold, J. Portugal Pereira, P.
461 Vyas, E. Huntley, K. Kissick, M. Belkacemi, J. Malley, (eds.). Genf: IPCC
462 Sekretariat. [URL](#), aufgerufen am 05.09.2023.
- 463 [\[xx\]](#) Zukunftskommission Landwirtschaft 2021: Zukunft Landwirtschaft. Eine
464 gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Empfehlungen der Zukunftskommission
465 Landwirtschaft. BMUV (ed.). [URL](#), aufgerufen am 05.09.2023.
- 466 [\[xxi\]](#) NAJU 2013: Position zur ökologischen Landwirtschaft. [URL](#), aufgerufen am
467 05.09.2023.
- 468 [\[xxii\]](#) BMUV 2021: Treibhausgasemissionen sinken 2020 um 8,7 Prozent. Positiver
469 Trend der Vorjahre setzt sich fort / 40,8 Prozent Rückgang seit 1990. [URL](#),
470 aufgerufen am 05.09.2023
- 471 [\[xxiii\]](#) NAJU 2017: Position zur Verkehrspolitik. [URL](#), aufgerufen am 05.09.2023.
- 472 [\[xxiv\]](#) Deutscher Bundesjugendring 2020: Junge Menschen bewegen – Eine
473 nachhaltige Mobilitätswende für alle! [URL](#), aufgerufen am 05.09.2023.
- 474 [\[xxv\]](#) NAJU: Bildung für nachhaltige Entwicklung. [URL](#), aufgerufen am 05.09.2023.
- 475 [\[xxvi\]](#) Bundesverfassungsgericht 2021: Verfassungsbeschwerden gegen das
476 Klimaschutzgesetz teilweise erfolgreich. Pressemitteilung Nr. 31/2021 vom 29.
477 April 2021. [URL](#), aufgerufen am 05.09.2023.
- 478 [\[xxvii\]](#) NAJU 2020: Position zur Jugendbeteiligung. [URL](#), aufgerufen am
479 05.09.2023.
- 480 [\[xxviii\]](#) NAJU 2021: Position zur Abschaffung des Wahlalters. [URL](#), aufgerufen am
481 05.09.2023.
- 482 [\[xxix\]](#) NAJU 2021: Position zur Sozial-Ökologischen Transformation. [URL](#),
483 aufgerufen am 05.09.2023.

Beschluss Positionspapier zu Klimaschutz und Klimagerechtigkeit

Gremium: JVV 2023
Beschlussdatum: 17.11.2023

Antragstext

1 Die Auswirkungen der Klimakrise sind längst mess- und sichtbar. Die
2 gesellschaftlichen und historischen Ursachen sind vielfach wissenschaftlich
3 belegt. Neben erheblichen sozialen und ökonomischen Problemen drohen durch eine
4 weitere Erhitzung des globalen Klimas irreversible Schäden für Natur und Umwelt.
5 Wir leben im Zeitalter des Kapitalozäns: Der Ursprung der Klimakrise liegt in
6 kapitalistischen und kolonialen Strukturen.^[i] Daher sind Länder und Menschen
7 des Globalen Nordens¹ in besonderem Maße für die Klimakrise verantwortlich.
8 Historisch gesehen haben sie den Großteil der Treibhausgasemissionen
9 ausgestoßen.^[ii] Trotzdem sind Länder und Menschen des Globalen Südens¹ schon
10 seit Generationen am stärksten von den Folgen der Umweltausbeutung und der
11 Klimakrise betroffen. Sie gründeten Widerstands- und Umweltbewegungen dagegen.
12 Zudem spüren insbesondere junge und nachfolgende Generationen, von (Mehrfach-
13)Diskriminierung betroffene Menschen und Menschen in prekären Lebenssituationen
14 die Auswirkungen der Klimakrise in besonderem Maße.

15
16 ¹ Die Begriffe "Globaler Norden" und "Globaler Süden" verweisen nicht auf
17 geografische Kategorien. „Mit dem Begriff Globaler Süden wird eine im
18 globalen System benachteiligte gesellschaftliche, politische und
19 ökonomische Position beschrieben. Globaler Norden hingegen bestimmt eine
20 mit Vorteilen bedachte Position. Die Einteilung verweist auf die
21 unterschiedliche Erfahrung mit Kolonialismus und Ausbeutung, einmal als
22 vor allem Profitierende und einmal als vornehmlich Ausgebeutete“ (glokal
23 2013).

24 Quelle: glokal 2013: Mit kolonialen Grüßen. Berichte und Erzählungen von
25 Auslandsaufenthalten rassistisch kritisch betrachtet. URL:
26 [https://www.glokal.org/wp-](https://www.glokal.org/wp-content/uploads/2013/09/BroschuereMitkolonialenGruessen2013.pdf)
27 [content/uploads/2013/09/BroschuereMitkolonialenGruessen2013.pdf](https://www.glokal.org/wp-content/uploads/2013/09/BroschuereMitkolonialenGruessen2013.pdf),
28 S. 8, aufgerufen am 23.09.2023.

29 Um die Folgen der Klimakrise einzudämmen, hat sich die internationale
30 Staatengemeinschaft 2015 mit dem Pariser Abkommen darauf verständigt, die
31 globale Erwärmung auf deutlich unter 2 Grad Celsius zu begrenzen und
32 Anstrengungen zu unternehmen, eine maximale Erwärmung von 1,5 Grad Celsius
33 anzustreben. Im März 2023 veröffentlichte der Weltklimarat (IPCC) seinen
34 sechsten Sachstandsbericht, der die gravierende Handlungslücke zur Einhaltung
35 des 1,5 Grad-Ziels deutlich unterstreicht.^[iii] Das Fenster, in dem die
36 Erderwärmung noch auf 1,5 Grad begrenzt werden kann, wird sich in wenigen Jahren
37 schließen. Die bisher umgesetzten und geplanten Maßnahmen der Staaten reichen
38 nicht aus, um die im Pariser Klimaabkommen vereinbarten Ziele einzuhalten. Jedes
39 Zehntelgrad Erwärmung hat schwerwiegende Konsequenzen. Unter anderem werden
40 Ökosysteme unwiederbringlich zerstört, Biodiversität geht verloren, Konflikte um
41 natürliche Ressourcen nehmen zu, Extremwetterereignisse treten vermehrt auf und
42 Menschen verlieren ihre Existenzgrundlage und Heimat. Dies ist ein unhaltbarer
43 Zustand.

44 Als NAJU setzen wir uns für junge und marginalisierte Gruppen ein. Deshalb
45 fordern wir einen wirksamen und gerechten Klimaschutz. Ziel ist der Erhalt von
46 Lebensgrundlagen und einer intakten Natur. Deshalb muss eine sozial-ökologische
47 Transformation die globale Erwärmung schnellstmöglich bremsen und die Erfüllung
48 der Grundbedürfnisse aller Menschen sicherstellen.

49 Daher fordern wir:

- 50 1. Eine ambitionierte und sozialgerechte Klimapolitik der Bundesregierung
51 sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene, die sich an dem
52 1,5 Grad-Ziel und den dafür aus wissenschaftlicher Sicht notwendigen
53 Maßnahmen orientiert. Dazu müssen die Treibhausgasemissionen in
54 Deutschland auf Nettonull bis 2035 gesenkt werden.
- 55 2. Eine sozial- und naturverträgliche Energiewende mit einem vollständigen
56 Kohleausstieg in Deutschland bis 2030.
- 57 3. Eine Reduktion der Treibhausgasemissionen auf europäischer Ebene um
58 mindestens 65 Prozent bis 2030 (im Vergleich zu 1990) sowie das Erreichen
59 der Klimaneutralität auf EU-Ebene bis 2040.
- 60 4. Die politische und gesellschaftliche Anerkennung, dass der Globale Norden
61 als Hauptverursacher der Klimakrise die größte Verantwortung trägt,
62 während der Globale Süden am stärksten von den Folgen betroffen ist.
- 63 5. Die politische und gesellschaftliche Anerkennung des Zusammenhangs
64 zwischen Klimakrise, Kolonialismus und Rassismus. Anhaltende koloniale
65 Machtstrukturen müssen konsequent abgebaut werden.
- 66 6. Klimaschutz muss sozial gerecht gestaltet werden. Insbesondere FLINTA*-
67 Personen (Frauen, Lesben, Inter, Nichtbinär, Trans, Agender), BIPOC,
68 (mehrfach-)diskriminierte Menschen, Menschen in prekären Lebenssituationen
69 und junge Menschen müssen aus Perspektive der Gender-, Generationen- und
70 Klimagerechtigkeit stärker berücksichtigt werden.
- 71 7. Die Sichtbarmachung von Perspektiven, Umweltbewegungen und
72 Widerstandskämpfen von BIPOC (Black, Indigenous and People of Color).
- 73 8. Als Industrieland mit einer globalen Verantwortung für die Menschen in den
74 Ländern, die besonders von der Klimakrise betroffen sind, muss Deutschland
75 eine internationale Vorreiterrolle einnehmen. Dies gilt sowohl innerhalb
76 der Europäischen Union als auch bei den Vereinten Nationen.
- 77 9. Das Ende des Raubbaus und der Ressourcenausbeutung insbesondere im
78 Globalen Süden zugunsten des Globalen Nordens.
- 79 10. Umfangreiche Anpassungen an die bereits messbaren Auswirkungen der
80 Klimakrise zum Schutz der Menschen sowie der natürlichen Lebensgrundlagen.
- 81 11. Eine Erhöhung der von Deutschland bereitgestellten internationalen
82 Klimafinanzierung auf mindestens 8 Milliarden Euro bis 2025. Das neue
83 Klimafinanzierungsziel ab 2025 muss sich an den Bedarfen der am stärksten
84 von der Klimakrise betroffenen Länder ausrichten. Deutschland muss sowohl
85 Gelder für die Emissionsminderung und Anpassung als auch zusätzliche

- 86 Mittel für den vereinbarten Fond für Klimawandelschäden und -verluste
87 bereitstellen.
- 88 12. Die Anerkennung der gravierenden Folgen der Klimakrise als Fluchtursache
89 und die Gewährleistung von Schutz für flüchtende sowie schutzsuchende
90 Menschen.
- 91 13. Den Schutz und die klimaresiliente Renaturierung von Ökosystemen als
92 natürliche Kohlenstoffsenken.
- 93 14. Eine klimaverträgliche Agrarpolitik, die klimaresiliente Lebensräume
94 schafft und Biodiversität fördert. Zugleich muss die Zukunft für
95 Landwirt*innen gesichert sein.
- 96 15. Eine klimaschützende und nachhaltige Mobilität. Insbesondere müssen dabei
97 die unterschiedlichen Voraussetzungen in Städten und auf dem Land
98 berücksichtigt und der Verkehrssektor sozialverträglich transformiert
99 werden.
- 100 16. Die umfangreiche Sensibilisierung von Kindern, Jugendlichen und
101 Erwachsenen gegenüber der Klimakrise, ihrer Auswirkungen und der
102 notwendigen Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen im Rahmen schulischer und
103 außerschulischer Bildungsarbeit.
- 104 17. Eine umfassende Beteiligung von Jugendlichen, jungen Erwachsenen und
105 marginalisierten Gruppen bei der Ausgestaltung von Klimaschutzmaßnahmen
106 auf allen Ebenen.
- 107 18. Eine umfassende sozial-ökologische Transformation, die strukturelle
108 Probleme löst.

109 Erläuterung und Begründung unserer Forderungen

- 110 1. Das zur Verfügung stehende CO₂-Budget gibt laut Sachverständigenrat für
111 Umweltfragen den Rahmen für den angemessenen und notwendigen Beitrag
112 Deutschlands zur Einhaltung der Pariser Klimaziele vor. Bei linearer
113 Reduktion der Emissionen (basierend auf 2019) müsste Deutschland ab 2038
114 klimaneutral sein.[\[iv\]](#) Von Fridays for Future Deutschland beauftragt, hat
115 das Wuppertal Institut in einer Studie ermittelt, wie Klimaneutralität
116 bereits 2035 machbar wäre.[\[v\]](#) Dafür notwendig sind ambitionierte
117 Investitionen und ein gesellschaftlicher Umbau. So wird sichergestellt,
118 dass der deutsche Anteil am verbleibenden globalen CO₂-Budget für das 1,5
119 Grad-Ziel nicht überproportional beansprucht wird.
- 120 2. Der Ausbau der Erneuerbaren Energien ist essenziell für das Erreichen
121 ambitionierter Klimaziele. Insbesondere der Ausbau von Windkraft- und
122 Photovoltaikanlagen muss dazu massiv vorangetrieben werden. Eine
123 vollständige klimaneutrale Stromversorgung mit Erneuerbaren bis 2035 ist
124 umsetzbar[\[vi\]](#) und von elementarer Bedeutung. Dazu braucht es erhebliche
125 Investitionen in die Forschung zu erneuerbaren Energien sowie zu Leitungs-
126 und Speichertechnologien, den großflächigen Ausbau dieser und den Abbau
127 struktureller und bürokratischer Hürden. Um Erneuerbare Energien mit

- 128 Arten- und Naturschutz zu vereinen, müssen Herausforderungen deutlich
 129 adressiert und abgewogen werden, Fachpersonal befragt und regionale
 130 Lösungen umgesetzt werden.[\[vii\]](#) Die Einbindung der Bürger*innen vor Ort
 131 ist fundamental für die Akzeptanz der notwendigen Energiewende.
 132 Neben dem Ausbau der Erneuerbaren Energien muss der Ausstieg aus fossilen
 133 Energieträgern schnell eingeleitet werden. Dafür muss Deutschland bis 2030
 134 aus der Kohleverstromung aussteigen.
- 135 3. Mit dem Green Deal hat sich die Europäische Union auf den richtigen Weg
 136 gemacht. Mit ihrer langfristigen Klimastrategie legt sich die EU fest, bis
 137 2050 Klimaneutralität erreichen zu wollen. Die Erhöhung des europäischen
 138 Reduktionsziels bis 2030 auf 55 Prozent kann hier nur ein erster Schritt
 139 sein und muss zeitnah weiter auf 65 Prozent netto (d.h. ohne Anrechnung
 140 von Senken) angehoben werden, um auch international ein wichtiges Zeichen
 141 zu setzen.[\[viii\]](#)
- 142 4. Die Länder und Menschen des Globalen Nordens müssen sich über ihre Rolle
 143 als Hauptverursacher*innen der Klimakrise bewusst werden, dementsprechend
 144 Verantwortung übernehmen und für Schäden und Verluste aufkommen. Sie sind
 145 historisch für den größten Anteil der Treibhausgasemissionen
 146 verantwortlich und profitieren wirtschaftlich am meisten.[\[ii\]](#) Die Folgen
 147 der Klimakrise spüren jedoch nicht alle Länder gleichermaßen. Länder und
 148 Menschen des Globalen Südens sind am stärksten von der Klimakrise
 149 betroffen. Die von Ländern des Globalen Nordens (insbesondere der EU)
 150 forcierten Freihandelsabkommen verschärfen und verfestigen diese
 151 Ungleichheiten zusätzlich, indem beispielsweise Umweltprobleme in Länder
 152 des Globalen Südens ausgelagert werden.
- 153 5. Im Zuge des Kolonialismus haben Europäer*innen andere Menschen massenweise
 154 verschleppt, versklavt und getötet. Dieses Unterdrückungssystem beruhte
 155 auf einer Rassifizierung von Menschen, das heißt auf der Erfindung von
 156 hierarchisch geordneten „Menschenrassen“. Dabei ordneten sich weiße
 157 Menschen selbst positive Eigenschaften zu, den kolonialisierten,
 158 versklavten Menschen ordneten sie hingegen gegensätzliche negative
 159 Eigenschaften zu. Neben der Einteilung in Schwarze und weiße Menschen
 160 wurde die Welt in weitere hierarchisch geordnete, binäre Gegensatzpaare
 161 geteilt, unter anderem in die Kategorien Mann und Frau, heterosexuell und
 162 homosexuell, nicht be_hindert und be_hindert usw. Durch diese koloniale
 163 Einteilung der Welt schufen sich die Europäer*innen eine Rechtfertigung,
 164 um die kolonisierten Menschen auszubeuten, zu unterdrücken und
 165 abzuwerten.[\[ix\]](#)
 166 Die Bildung von Gegensatzpaaren machte auch vor der Natur keinen Halt:
 167 weiße Menschen schrieben kolonisierten Menschen zu, primitiv und naturnah
 168 zu sein. Zugleich waren sie der Ansicht, dass sie selbst durch ihr
 169 rationales Denken von der Natur entkoppelt seien. Die Natur wird in diesem
 170 Denken zu etwas Gestaltbaren und Beherrschbaren. Zugleich wird verleugnet,
 171 dass der Mensch als biologisches Wesen Teil von der Natur ist und von
 172 natürlichen Ökosystemen abhängig ist. Durch die Abwertung von Natur hat
 173 das koloniale Denken die Ausbeutung unserer natürlichen Lebensgrundlagen

- 174 zugunsten von Profiten ermöglicht. Die Klimakrise hat ihre Wurzeln in
 175 diesem Denken.
 176 1.
 177 Diese Zusammenhänge von Klimakrise, Kolonialismus und Rassismus
 178 müssen anerkannt und beendet werden, um Klimagerechtigkeit zu
 179 schaffen.[\[ix\]](#)
- 180 6. Diskriminierungen wie Rassismus, Klassismus, Sexismus, Ableismus
 181 (Diskriminierung von behinderten Menschen) oder Ageism (Diskriminierung
 182 aufgrund des Alters) stellen soziale Ungleichheits- und Machtverhältnisse
 183 dar und wirken intersektional.[\[x\]](#) Sie drängen bestimmte gesellschaftliche
 184 Gruppen an die gesellschaftlichen Ränder. Von (Mehrfach-)Diskriminierung
 185 betroffene Gruppen haben daher in der Regel weniger ökonomische Ressourcen
 186 und gesellschaftliche Einflussmöglichkeiten. Sie können sich selbst nicht
 187 im gleichen Maße vor Klimafolgen absichern und werden in staatlichen
 188 Maßnahmen nicht unbedingt gleichermaßen berücksichtigt. So bekommen
 189 marginalisierte Gruppen die Folgen der globalen Erwärmung am stärksten zu
 190 spüren. Sie sind von der Klimakrise besonders betroffen, obwohl sie wenig
 191 zur Erderwärmung beigetragen haben.[\[xi\]](#)
 192 Gendergerechtigkeit ist eine wichtige Voraussetzung für
 193 Klimagerechtigkeit, da FLINTA*-Personen (Frauen, Lesben, Inter,
 194 Nichtbinär, Trans, Agender) vor allem Personen aus dem Globalen Süden,
 195 sehr stark von der Klimakrise betroffen sind.[\[xii\]](#) Insbesondere in den
 196 Bereichen der Organisation der Erwerbs- und Sorgearbeit, des Zugangs zu
 197 Ressourcen, Gesundheitsvorsorge und politischer Beteiligung sind diese
 198 stark benachteiligt. Sie haben meist einen geringeren sozialen Status,
 199 sowie weniger politische und wirtschaftliche Macht als Männer. Dies geht
 200 insbesondere auf die historisch bedingte androzentrische
 201 (männerzentrierte) Sichtweise in Institutionen und Politik zurück.
 202 Deswegen fordern wir das Aufbrechen der patriarchalen Strukturen sowie
 203 eine verstärkte Sichtbarkeit und Unterstützung von FLINTA*-Personen,
 204 (mehrfach-) diskriminierte Menschen sowie Menschen in prekären
 205 Lebenssituationen.
- 206 7. Heutzutage stehen vor allem weiße Klima- und Umweltbewegungen im
 207 öffentlichen Fokus. Bewegungen von BIPoC (Black, Indigenous and People of
 208 Color) werden dabei meistens außer Acht gelassen und vernachlässigt – nur
 209 selten wird in den Medien über sie berichtet. Jedoch kämpfen BIPoC-
 210 Aktivist*innen schon seit Jahrzehnten gegen die Auswirkungen der
 211 Klimakrise sowie gegen strukturelle Unterdrückungsmuster. Die Arbeit und
 212 das Engagement von insbesondere jungen BIPoC-Aktivist*innen müssen
 213 sichtbar gemacht und anerkannt werden, da gerade sie besonders stark von
 214 den Folgen der Klimakrise betroffen sind. (Einige Kurzvorstellungen von
 215 BIPoC-Klimaaktivist*innen können in der kostenlosen Broschüre
 216 „Kolonialismus und Klimakrise. Über 500 Jahre Widerstand“ nachgelesen
 217 werden.[\[ix\]](#)) Auch Widerstandsbewegungen von BIPoC bekommen wenig
 218 Aufmerksamkeit, obwohl sie sich schon früh bildeten. Widerstandsbewegungen
 219 von BIPoC-Aktivist*innen fordern, Umweltprobleme nicht isoliert zu
 220 betrachten. Stattdessen sollten sie als soziale Probleme behandelt werden,
 221 die ihren Ursprung in gesellschaftlichen Hierarchien und
 222 Ausbeutungssystemen haben. Durch die öffentliche Vernachlässigung von
 223 BIPoC-Protesten wird das falsche Bild geschaffen, Menschen aus dem

- 224 Globalen Süden seien nicht am Umwelt- und Klimaschutz interessiert. Dies
 225 ist auf die Ideologie des weißen Naturschutzes zurückzuführen, die im
 226 Kolonialismus verwurzelt ist.[\[ix\]](#)
- 227 8. Deutschland als einer der größten globalen Emittenten und als Land mit
 228 starken ökonomischen und technologischen Möglichkeiten trägt eine
 229 besondere Verantwortung. Deshalb muss Deutschland auch innerhalb der EU
 230 und auf internationaler Ebene für ambitionierte Reduktionsziele und
 231 konsequente Klimaschutzmaßnahmen eintreten. Insbesondere bei der
 232 Ausgestaltung von internationalen Handelsmechanismen mit CO₂-Emissionen
 233 fordern wir die Bundesregierung auf, für eine robuste, faire und sichere
 234 Ausgestaltung einzutreten, damit es, anders als unter dem Kyoto-Protokoll,
 235 nicht zu massivem Missbrauch kommt. Dies bedeutet, dass die
 236 Anrechenbarkeit von Zertifikaten aus dem Kyoto-Mechanismus stark
 237 reglementiert und eingeschränkt werden muss. Zudem müssen Doppelzählungen
 238 und Schlupflöcher im Regelwerk ausgeschlossen werden und eine zusätzliche
 239 Reduktion der CO₂-Emissionen erwirkt werden.[\[xiii\]](#)
- 240 9. Länder und Menschen des Globalen Nordens profitieren von der
 241 Ressourcenausbeutung des Globalen Südens. Dies hat seinen Ursprung in der
 242 Kolonialzeit und hält bis heute an. Eine große Rolle spielt außerdem das
 243 kapitalistische System, dass insbesondere auf Profit und Gewinn aus ist.
 244 Unter anderem werden zugunsten des Globalen Nordens Rohstoffe sehr günstig
 245 importiert.[\[ix\]](#) So kommt es zu einer Ausbeutung von Tieren, Pflanzen,
 246 Menschen und Ökosystemen des Globalen Südens, die die Kosten unseres
 247 Lebensstils tragen.[\[xiv\]](#)
- 248 10. 1. Die Auswirkungen der Klimakrise sind bereits überall auf der Welt -
 249 wenn auch in ungleichem Maße - zu spüren. Szenarien zu erstellen, um
 250 diese greifbar zu machen, kann nur ein erster Schritt sein. Die
 251 aktive und zeitnahe Einrichtung beziehungsweise Anpassung von
 252 Entwässerungsanlagen oder Warnsystemen kann nicht schnell genug
 253 erfolgen. Grundsätzlich müssen Städte- und Häuserbau ebenso neu
 254 gedacht werden, wie viele andere Wirtschaftsbereiche auch.[\[xv\]](#) Eine
 255 besondere Bedeutung bei der Stadtentwicklung kommt dabei der
 256 Entsiegelung von Flächen und dem Schaffen von Blau-Grüner-
 257 Infrastruktur insbesondere in dicht bebauten Stadtteilen zu. Gerade
 258 in sozioökonomisch schwächeren Stadtteilen gibt es häufig einen
 259 hohen Anteil versiegelter Flächen, die sich im Sommer besonders
 260 stark aufheizen und so zu einem schlechteren Mikroklima führen.
 261 Aktiver Naturschutz sowie die Renaturierung und der Erhalt von
 262 Ökosystemen wie (Au-)Wäldern oder Mooren tragen aktiv zur Prävention
 263 bei. Dieser Umbau bietet durchaus Chancen: Es entstehen neue
 264 Möglichkeiten gesellschaftlichen und wirtschaftlichen
 265 Zusammenlebens. Hinzu kommt: Wer jetzt proaktiv investiert und
 266 Anstrengungen unternimmt, die Klimakrise einzudämmen, zahlt heute
 267 einen geringeren finanziellen sowie gesellschaftlichen Preis, als

268 wenn in einigen Jahren ad-hoc Schutz- und Anpassungsmaßnahmen
269 umgesetzt werden müssen.

270 11. Bereits jetzt wird deutlich, dass die größten Schäden und Verluste
271 diejenigen Länder treffen, die einen sehr geringen Anteil zu den globalen
272 Treibhausgasemissionen beigetragen haben und zugleich nicht über die
273 notwendigen Ressourcen verfügen, sich gegen die Schäden präventiv zu
274 schützen. Deutschland muss als reiche Industrienation seine Verantwortung
275 anerkennen und einen relevanten Beitrag zur Klimafinanzierung leisten.
276 Dies muss in den Bereichen Emissionsminderung, Anpassung sowie
277 Klimawandelschäden und -verluste erfolgen. Bislang hält die Gruppe
278 wohlhabender Länder ihr Versprechen nicht, von 2020 bis 2025 jährlich 100
279 Milliarden US-Dollar Klimafinanzierung für Länder des Globalen Südens
280 bereitzustellen. Die Bundesregierung muss sich für die Erfüllung des Ziels
281 stark machen und den eigenen Anteil von mindestens 8 Milliarden US-Dollar
282 pro Jahr bis 2025 absichern. Das neue Klimafinanzierungsziel ab 2025 muss
283 sich an den Bedarfen der am stärksten von der Klimakrise betroffenen
284 Länder ausrichten. Ein deutscher Anteil von 10 Prozent an der Gesamtsumme
285 muss sichergestellt werden.[\[xvi\]](#) Darüber hinaus muss sich die
286 Bundesregierung dafür einsetzen, dass die Staatengemeinschaft die
287 internationalen Finanzströme im Sinne des Klima- und Artenschutzes
288 kanalisiert und steuert.

289 12. Bereits heute beeinflusst die Klimakrise und die daraus resultierende
290 Umweltzerstörung die Lebensumstände vieler Menschen so sehr, dass sie
291 gezwungen sind, ihre Heimat zu verlassen. Sowohl nach der Genfer
292 Flüchtlingskonvention als auch nach dem deutschen Asylrecht steht diesen
293 Menschen bislang kein Schutz zu. Die Bundesregierung muss auf
294 internationaler Ebene dafür eintreten, dies zu ändern und das nationale
295 Recht anzupassen.[\[xvii\]](#)

296 13. Die Zusammenhänge zwischen dem Verlust der Artenvielfalt und der
297 Klimakrise sind eindeutig. Untrennbar und sich gegenseitig verstärkend
298 stellen beide Entwicklungen eine Krise von existenzieller Bedrohung dar.
299 Der Schutz von Ökosystemen und biologischer Vielfalt muss künftig viel
300 mehr Raum bei der Ausgestaltung von Klimaschutzmaßnahmen einnehmen als
301 bisher. Ohne konsequente Naturschutz- und Renaturierungsmaßnahmen können
302 die Emissionsminderungsziele nicht erreicht werden. Dies bestätigen die
303 Berichte des Weltbiodiversitätsrat (IPBES)[\[xviii\]](#) und des Weltklimarats
304 (IPCC)[\[xix\]](#). Zudem sind intakte Ökosysteme notwendig, um die Resilienz
305 gegenüber dem sich ändernden Klima zu erhöhen. Natürliche Lösungen
306 (sogenannte NBS, Nature-based Solutions) müssen in der Debatte um
307 Klimaschutzmaßnahmen stärker als bisher bedacht werden. Gleichzeitig
308 müssen Klimaschutzmaßnahmen hinsichtlich ihres Einflusses auf die
309 Biodiversität überprüft werden.

310 14. Laut IPCC-Sonderbericht 2019 ist die Landnutzung weltweit für 23 Prozent
311 aller Emissionen verantwortlich.[\[xix\]](#) Die Landwirtschaft ist somit
312 weltweit einer der Haupttreiber der Klimakrise und hat gleichzeitig massiv
313 mit deren Folgen zu kämpfen. Die NAJU trägt die Forderungen der
314 Zukunftskommission Landwirtschaft mit[\[xx\]](#) und setzt sich für einen
315 Brückenschlag zwischen Naturschützer*innen und Landwirt*innen ein. Eine

316 klimaresiliente Landwirtschaft sorgt nicht nur für Lebensmittelsicherheit
 317 weltweit und kann so die Versorgung der Weltbevölkerung zukünftig
 318 garantieren, sondern sichert auch Arbeitsplätze. Darüber hinaus ist der
 319 Umbau zu einer resilienten, fairen und naturnahen Landwirtschaft der
 320 Schlüssel für den Erhalt der Biodiversität.[\[xxi\]](#)

321 15. Der Verkehrssektor ist der einzige Sektor, in dem die CO₂-Emissionen in
 322 Deutschland seit 1990 nicht gesunken sind.[\[xxii\]](#) 2019 wurden noch mehr als
 323 ein Fünftel der Emissionen im Verkehr verursacht. Die Wende zu einer
 324 postfossilen ressourcensparenden Mobilität ist nicht nur aus Sicht des
 325 Klimaschutzes, sondern auch aus gesundheitlichen und sozialen Gründen
 326 überfällig. Der Straßenverkehr macht in Deutschland fast 95 Prozent der
 327 Emissionen in diesem Sektor aus,[\[iv\]](#) sodass hier der entscheidende Hebel
 328 besteht. Ab 2030 sollen keine Fahrzeuge mit Verbrennungsmotor mehr
 329 zugelassen werden. Allerdings kann die Lösung nicht sein, alle Fahrzeuge
 330 durch solche mit Elektro-Antrieb zu ersetzen. Einhergehend mit einer
 331 Preisreduzierung und dem Ausbau des ÖPNV sowie der Rad- und
 332 Fußverkehrsinfrastruktur, muss der individuelle Automobilverkehr deutlich
 333 reduziert werden. Um längere Distanzen zu überwinden, muss die Bahn in der
 334 Taktung, der Preisgestaltung sowie dem Service angepasst werden.
 335 Kurzstreckenflüge bis 1.000 Kilometer müssen zeitnah ersetzt werden. Damit
 336 auch alle Menschen den ÖPNV tatsächlich nutzen können, muss dieser mitsamt
 337 seiner Infrastruktur flächendeckend barrierefrei gestaltet werden und
 338 strukturelle Benachteiligungen wie die schlechtere Anbindung von
 339 sozioökonomisch vermeintlich schwächeren Stadtteilen und Regionen abgebaut
 340 werden. Der ÖPNV und die entsprechende Infrastruktur wie Bahnhöfe müssen
 341 auch sichere Orte insbesondere für von (Mehrfach-)Diskriminierung
 342 betroffenen Menschen werden, um eine alternative zum Motorisierten
 343 Individualverkehr zu werden. Wir verweisen auf die Positionspapiere der
 344 NAJU[\[xxiii\]](#) sowie des Deutschen Bundesjugendrings[\[xxiv\]](#) zur
 345 Mobilitätswende.

346 16. Um auf die Herausforderungen des gesellschaftlichen, technologischen und
 347 kulturellen Umbaus angesichts der Klimakrise angemessen reagieren zu
 348 können, sind Verständnis und Handlungskompetenz in der Breite der
 349 Gesellschaft notwendig. Bildungsarbeit im formellen sowie informellen
 350 Bereich ist von größter Bedeutung bei der Gestaltung der Gesellschaft in
 351 Zeiten der Klimakrise. Die Klimakrise und ihre Auswirkungen müssen
 352 zentrale Inhalte in Bildungsplänen und Rahmenlehrplänen sein. Von
 353 besonderer Bedeutung ist dabei nicht nur der bloße Umgang mit Kennzahlen
 354 und Fakten, sondern auch ein lösungs- und handlungsorientierter Ansatz.
 355 Nur mit der Kompetenz, sich Herausforderungen zu stellen, diese zu
 356 moderieren und unter Einbeziehung unterschiedlicher Perspektiven gezielt
 357 anzugehen, kann die Gesellschaft der Klimakrise wirkungsvoll begegnen. Das
 358 Konzept einer Bildung für Nachhaltige Entwicklung stellt hierfür die
 359 Grundlage dar.[\[xxv\]](#)

360 17. 1. Besonders vulnerable Gruppen müssen umfassend an politischen und
 361 gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen beteiligt werden. Neben
 362 anderen marginalisierten Gruppen werden die Klimafolgen insbesondere
 363 heutige junge und zukünftige Generationen treffen, die keine direkte

364 Verantwortung für die enormen Treibhausgasemissionen tragen. Sie
 365 werden noch viele Jahre in der Welt leben, die ihnen übergeben wird
 366 und wären bei fortschreitender Klimakrise stark in ihren
 367 Grundrechten eingeschränkt. So hat es das Bundesverfassungsgericht
 368 in seinem wegweisenden Urteil im Frühjahr 2021 festgestellt.^[xxvi]
 369 Nur durch umfassende Beteiligungsmöglichkeiten können sie die Welt
 370 von morgen, in der sie leben werden, heute schon
 371 mitgestalten.^[xxvii] Diese Beteiligung muss auf allen politischen
 372 Ebenen gewährleistet sein, sei es durch Abschaffung des
 373 Wahlalters^[xxviii] oder durch Schaffung entsprechender Gremien und
 374 Posten.

375 18. 1. Unsere Ressourcen auf dem Planeten sind begrenzt, weshalb
 376 grenzenloses Wachstum eine Illusion ist. Zugleich führt das Streben
 377 nach immer größeren Profiten zu einer immer größeren
 378 Ungleichverteilung des Wohlstandes und zerstört Natur und Umwelt. Um
 379 Klimagerechtigkeit in unserer Gesellschaft zu schaffen, braucht es
 380 eine umfassende gesellschaftliche Transformation.^[xxix] Technische
 381 Innovationen allein können die Klimakrise nicht lösen.
 382 Umweltprobleme können nicht isoliert betrachtet werden, sondern
 383 müssen als soziale Phänomene verstanden werden. Ökologische und
 384 soziale Aspekte können sich wechselseitig verstärken – im Positiven
 385 wie im Negativen.

386 Wir verweisen auf die anderen Positionspapiere der NAJU sowie auf die Positionen
 387 des NABU (Naturschutzbund Deutschland) e.V.

388 ^[i]Zum „Capitalocene“:

389 Moore, J. W. 2016: Anthropocene or Capitalocene? Nature, history, and the crisis
 390 of capitalism. In: Moore, J. W. (ed.) 2016: Anthropocene or Capitalocene?
 391 Nature, history, and the crisis of capitalism. Oakland: PM Press, S. 1-13.

392 Zum „Racial Capitalocene“:

393 Davis, J., A. A. Moulton, L. van Sant und B. Williams 2019: Anthropocene,
 394 Capitalocene, ... Plantationocene?: A Manifesto for Ecological Justice in an Age
 395 of Global Crises. Geography Compass 13 (5), doi: 10.1111/gec3.12438 .

396 Sharpe, C. E. 2016: In the wake. On Blackness and being. Durham: Duke University
 397 Press.

398 Vergès, F. 2017: Racial capitalocene. In: Johnson, G. T. and A. Lubin (eds.):
 399 Futures of black radicalism. London/New York : Verso, S. 72-82

400 ^[ii] Hickel, J. 2021: The anti-colonial politics of degrowth. Political
 401 Geography 88 <https://doi.org/10.1016/j.polgeo.2021.102404> . URL, aufgerufen am
 402 05.09.2023.

403 Chancel, L., T. Piketty 2015: Carbon and inequality: from Kyoto to Paris. Trends
 404 in the global inequality of carbon emissions (1998-2013) & prospects for an
 405 equitable adaptation fund. Paris: Paris School of Economics. URL, aufgerufen am
 406 05.09.2023.

407 ^[iii] IPCC 2023: Climate Change 2023: Synthesis Report. Contribution of Working
 408 Groups I, II and III to the Sixth Assessment Report of the Intergovernmental
 409 Panel on Climate Change. Core Writing Team, H. Lee and J. Romero (eds.). Genf:
 410 IPCC Sekretariat, doi: 10.59327/IPCC/AR6-9789291691647 . URL, aufgerufen am
 411 05.09.2023.

- 412 [\[iv\]](#) Sachverständigenrat für Umweltfragen 2020: Für eine entschlossene
413 Umweltpolitik in Deutschland und Europa. Kurzfassung. [URL](#), aufgerufen am
414 05.09.2023.
- 415 [\[v\]](#) Wuppertal Institut 2020: CO₂-neutral bis 2035: Eckpunkte eines deutschen
416 Beitrags zur Einhaltung der 1,5-°C-Grenze. Bericht. Wuppertal. [URL](#), aufgerufen
417 am 05.09.2023.
- 418 [\[vi\]](#) Energywatchgroup 2021: Das Energiesystem der Zukunft. 100% Erneuerbare
419 Energien für Deutschland bis 2030. Klimaschutz – Versorgungssicherheit –
420 Wirtschaftlichkeit. [URL](#), aufgerufen am 05.09.2023.
- 421 [\[vii\]](#) NAJU 2022: NAJU-Resolution zum Ausbau Erneuerbarer Energien. Zeit für
422 einen Perspektivenwechsel zur Bewältigung von Klima- und Artenkrise. [URL](#),
423 aufgerufen am 05.09.2023.
- 424 [\[viii\]](#) Climate Action Tracker: EU. County summary. [URL](#), aufgerufen am
425 05.09.2023.
- 426 [\[ix\]](#) Bechert, L., Dodo, Shayli Kartal 2021: Kolonialismus & Klimakrise. Über 500
427 Jahre Widerstand. Jugend im BUND für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V.
428 (ed.). [URL](#), aufgerufen am 05.09.2023.
- 429 [\[x\]](#) Crenshaw, K. 2016: The urgency of intersectionality. [URL](#), aufgerufen am
430 05.09.2023.
- 431 [\[xi\]](#) Kurwan, J. 2023: Klimagerechtigkeit. Bundeszentrale für politische Bildung
432 (ed.). [URL](#), aufgerufen am 05.09.2023.
- 433 [\[xii\]](#) Alber, G., D. Hummel, U. Röhr, M. Spitzner, I. Stieß 2018:
434 Geschlechtergerechtigkeit und Klimapolitik. In: Bundeszentrale für politische
435 Bildung (ed.): APuZ Aus Politik und Zeitgeschichte. [URL](#), aufgerufen am
436 05.09.2023.
- 437 [\[xiii\]](#) NABU, NAJU 2019: Klimakonferenz: Ambitionen erhöhen, Schlupflöcher
438 schließen. NABU/NAJU-Forderungen zur COP 25 Madrid. [URL](#), aufgerufen am
439 05.09.2023.
- 440 [\[xiv\]](#) Umweltbundesamt 2021: Ressourcennutzung und ihre Folgen. [URL](#), aufgerufen
441 am 05.09.2023.
- 442 [\[xv\]](#) Umweltbundesamt 2022: Anpassung: Handlungsfeld Bevölkerungs- und
443 Katastrophenschutz. [URL](#), aufgerufen am 05.09.2023.
- 444 [\[xvi\]](#) NABU, NAJU 2022: Klimakonferenz: Für Natur, Klima und Menschen.
445 Gemeinsamer Standpunkt von NAJU und NABU zur Weltklimakonferenz UNFCCC COP 27.
446 [URL](#), aufgerufen am 05.09.2023.
- 447 [\[xvii\]](#) Schraven, B. 2019: Der Zusammenhang zwischen Klimawandel und Migration.
448 In: Bundeszentrale für politische Bildung (ed.): Migration und Klimawandel. [URL](#),
449 aufgerufen am 05.09.2023.
- 450 [\[xviii\]](#) IPBES 2019: Global assessment report on biodiversity and ecosystem
451 services of the Intergovernmental Science-Policy Platform on Biodiversity and
452 Ecosystem Services. E. S. Brondizio, J. Settele, S. Díaz, and H. T. Ngo (eds.).
453 Bonn: IPBES Sekretariat, <https://doi.org/10.5281/zenodo.3831673>. [URL](#),
454 aufgerufen am 05.09.2023.

- 455 [\[xix\]](#) IPCC 2019: Summary for Policymakers. In: Climate Change and Land: an IPCC
456 special report on climate change, desertification, land degradation, sustainable
457 land management, food security, and greenhouse gas fluxes in terrestrial
458 ecosystems. P.R. Shukla, J. Skea, E. Calvo Buendia, V. Masson-Delmotte, H.- O.
459 Pörtner, D. C. Roberts, P. Zhai, R. Slade, S. Connors, R. van Diemen, M. Ferrat,
460 E. Haughey, S. Luz, S. Neogi, M. Pathak, J. Petzold, J. Portugal Pereira, P.
461 Vyas, E. Huntley, K. Kissick, M. Belkacemi, J. Malley, (eds.). Genf: IPCC
462 Sekretariat. [URL](#), aufgerufen am 05.09.2023.
- 463 [\[xx\]](#) Zukunftskommission Landwirtschaft 2021: Zukunft Landwirtschaft. Eine
464 gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Empfehlungen der Zukunftskommission
465 Landwirtschaft. BMUV (ed.). [URL](#), aufgerufen am 05.09.2023.
- 466 [\[xxi\]](#) NAJU 2013: Position zur ökologischen Landwirtschaft. [URL](#), aufgerufen am
467 05.09.2023.
- 468 [\[xxii\]](#) BMUV 2021: Treibhausgasemissionen sinken 2020 um 8,7 Prozent. Positiver
469 Trend der Vorjahre setzt sich fort / 40,8 Prozent Rückgang seit 1990. [URL](#),
470 aufgerufen am 05.09.2023
- 471 [\[xxiii\]](#) NAJU 2017: Position zur Verkehrspolitik. [URL](#), aufgerufen am 05.09.2023.
- 472 [\[xxiv\]](#) Deutscher Bundesjugendring 2020: Junge Menschen bewegen – Eine
473 nachhaltige Mobilitätswende für alle! [URL](#), aufgerufen am 05.09.2023.
- 474 [\[xxv\]](#) NAJU: Bildung für nachhaltige Entwicklung. [URL](#), aufgerufen am 05.09.2023.
- 475 [\[xxvi\]](#) Bundesverfassungsgericht 2021: Verfassungsbeschwerden gegen das
476 Klimaschutzgesetz teilweise erfolgreich. Pressemitteilung Nr. 31/2021 vom 29.
477 April 2021. [URL](#), aufgerufen am 05.09.2023.
- 478 [\[xxvii\]](#) NAJU 2020: Position zur Jugendbeteiligung. [URL](#), aufgerufen am
479 05.09.2023.
- 480 [\[xxviii\]](#) NAJU 2021: Position zur Abschaffung des Wahlalters. [URL](#), aufgerufen am
481 05.09.2023.
- 482 [\[xxix\]](#) NAJU 2021: Position zur Sozial-Ökologischen Transformation. [URL](#),
483 aufgerufen am 05.09.2023.

A10 Regelmäßig im Kassenprüfericht genannte Problemfelder beseitigen

Antragsteller*innen:

Antragstext

1 Hiermit beauftragt die JVV die Landesjugendleitung sich mit den drei wichtigsten
2 im Kassenprüfericht zum Jahr 2022 als Schwierigkeiten bzw. Verbesserungsbedarfe
3 angeführten Punkte bis zur nächsten JVV zu befassen. Dies sind:

- 4 • die Honorarordnung und die Auszahlung von Aufwandsentschädigungen und
5 Honoraren
- 6 • der Umgang mit von Aktiven angeschafften Equipment und
- 7 • die Aufbewahrung von Belegen.

8 Konkret soll die Landesjugendleitung

- 9 • in Zusammenarbeit mit dem Jugendbüro eine praxistaugliche und betragsmäßig
10 angemessene Orientierungsleitlinie für Aufwandsentschädigungen und
11 Honorare ausarbeiten.
- 12 • In Zusammenarbeit mit dem Jugendbüro einen Prozess für die
13 Inventarisierung erarbeiten.
- 14 • eine finanz- und steuerrechtlich zuverlässige Einschätzung zur notwendigen
15 Aufbewahrungsfrist von Belegen innerhalb der NAJU einholen, beispielsweise
16 von einem Steuerberater oder vom BJR. Sofern die vorgeschriebene
17 Aufbewahrungsfrist die Lesbarkeitsdauer von Thermobelegen übersteigt, soll
18 die Landesjugendleitung das Büro anweisen, ein praxistaugliches und
19 funktionierendes Vorgehen zur Anfertigung von Belegkopien und deren
20 fristgerechter Aufbewahrung zu implementieren.

21 Auf der nächsten JVV soll die Landesjugendleitung über die getroffenen (Neu-
22)Regelungen und ihre Anstrengungen zur Beseitigung der genannten Schwierigkeiten
23 berichten.

24 Begründung:

25 Die genannten Problemfelder werden seit mehreren Jahren in den
26 Kassenprüfberichten angemahnt und stellen strukturelle Probleme dar. Da in der
27 Vergangenheit keine zufriedenstellende Beseitigung dieser gelang, wird mit diesem
28 Antrag verbindlich und verpflichtend auf die Landesjugendleitung und das
29 Jugendbüro eingewirkt, sich um die Abstellung dieser Problemquellen zu kümmern.

Beschluss Regelmäßig im Kassenprüfericht genannte Problemfelder beseitigen

Gremium: JVV 2023

Beschlussdatum: 18.11.2023

Antragstext

1 Hiermit beauftragt die JVV die Landesjugendleitung sich mit den drei wichtigsten
2 im Kassenprüfericht zum Jahr 2022 als Schwierigkeiten bzw. Verbesserungsbedarfe
3 angeführten Punkte bis zur nächsten JVV zu befassen. Dies sind:

- 4 • die Honorarordnung und die Auszahlung von Aufwandsentschädigungen und
5 Honoraren
- 6 • der Umgang mit von Aktiven angeschafften Equipment und
- 7 • die Aufbewahrung von Belegen.

8 Konkret soll die Landesjugendleitung

- 9 • in Zusammenarbeit mit dem Jugendbüro eine praxistaugliche und betragsmäßig
10 angemessene Orientierungsleitlinie für Aufwandsentschädigungen und
11 Honorare ausarbeiten.
- 12 • In Zusammenarbeit mit dem Jugendbüro einen Prozess für die
13 Inventatisierung erarbeiten.
- 14 • eine finanz- und steuerrechtlich zuverlässige Einschätzung zur notwendigen
15 Aufbewahrungsfrist von Belegen innerhalb der NAJU einholen, beispielsweise
16 von einem Steuerberater oder vom BJR. Sofern die vorgeschriebene
17 Aufbewahrungsfrist die Lesbarkeitsdauer von Thermobelegen übersteigt, soll
18 die Landesjugendleitung das Büro anweisen, ein praxistaugliches und
19 funktionierendes Vorgehen zur Anfertigung von Belegkopien und deren
20 fristgerechter Aufbewahrung zu implementieren.

21 Auf der nächsten JVV soll die Landesjugendleitung über die getroffenen (Neu-
22)Regelungen und ihre Anstrengungen zur Beseitigung der genannten Schwierigkeiten
23 berichten.

24 Begründung:

25 Die genannten Problemfelder werden seit mehreren Jahren in den
26 Kassenprüfberichten angemahnt und stellen strukturelle Probleme dar. Da in der
27 Vergangenheit keine zufriedenstellende Beseitigung dieser gelang, wird mit diesem
28 Antrag verbindlich und verpflichtend auf die Landesjugendleitung und das
29 Jugendbüro eingewirkt, sich um die Abstellung dieser Problemquellen zu kümmern.